Krakauer Zeitung.

Nr. 135. Samstag den 16. Juni 1866.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr.
Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Aufruf.

Bewohner Galiziens!

Die k. k. Militärverwaltung hat der zweckmäßigsten Einrichtung von Feldspitälern und ähnlichen zur Unterbringung, Versorgung und Pflege kranker und verwundeter Krieger bestimmten Anstalten die vollste Aufmerksamkeit zugewendet, und in dieser Richtung umfassende Vorbereitungen getroffen.

Die Ausrüstung der Feldspitäler ist auch nahezu bereits vollendet.

Zur Pflege der Kranken und Verwundeten gehören jedoch auch Gegenstände, welche nach einmaliger Benützung großentheils als unbrauchbar beseitigt werden müssen und deren Bedarf, wenn sie auch gegenwärtig im reichlichen Ausmaße vorräthig oder sichergestellt sind, für den Kriegsfall außer der Gränzen jeder Berechnung liegen. Dahin gehören vor Allem Verbandmittel jeder Art, als: Charpie, Binden, Compressen u. s. f., deren massenhafte Verwendung bei wiederholten ernsten Kriegsereignissen, oder längerer Dauer des Krieges jede auf Lieferung, Ankauf, oder sonstige Sicherstellung gestützte Fürsorge illusorisch macht.

Zur Vermeidung des Mangels an gutem, wenigstens brauchbarem Verbandmateriale und der hieraus sich ergebenden Verlegenheiten und Nachtheile gibt es, der bisherigen Erfahrung zufolge, nur ein Mittel, nämlich die allgemeine Betheiligung der Bevölkerung an dem Acte der Nächstenliebe durch Einsendung freiwilliger Spenden.

Ich wende mich demnach an die so oft bekundete patriotische Opferwilligkeit der Landeseinwohner in der sicheren Erwartung, daß jeder nach Vermögen freudig dazu beitragen werde, um den Bedarf an Charpie, Binden, Compressen und sonstigen zu Verbandzwecken geeigneten Materialien zu decken.

Der humane Zweck, die für die Interessen der Armee in allen Schichten der Bevölkerung sich kundgebende begeisterte Stimmung und der Umstand, daß an diesem Acte der Wohlthätigkeit sich jeder, selbst der Unbemittelte ohne besondere Belästigung betheiligen kann und in dem Bewußtsein, auch Etwas zum Wohle der ihm so nahe stehenden verwundeten Soldaten beigetragen zu haben, eine besondere Befriedigung findet, ist die sicherste Bürgschaft für den günstigsten Erfolg dieser Maßregel.

Alle Spenden werden von sämmtlichen Gemeindevorständen und Bezirksämtern gegen Empfangsbestätigung bereitwilligst entgegengenommen und ihrer Bestimmung verzugslos zugeführt werden.

Lemberg, am 12. Juni 1866.

Der k. k. Statthalter
Franz Freiherr v. Paumgartten mp.

Nr. 5186. pr.

Die Wadowicer Stadtgemeinde hat erklärt, das ihr eigenthümlich gehörige Kasernegebäude für Zwecke eines Militärspitals auf 6 Monate, d. i. vom 1. Juli bis letzten December d. J. unentgeldlich zu überlassen.

Diese Kundgebung patriotischer Opferwilligkeit wird mit dem Ausdrucke der vollen Anerkennung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, am 12. Juni 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Juni d. J. dem Maschinenfabriksbesitzer G. Sigl in Wien in Anerkennung seiner Verdienste um die vaterländische Industrie das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. Juni d. J. den mit dem Titel und Range eines Vicepräsidenten der niederösterr. Finanzlandesdirection bekleideten Finanzlandesdirector Ubald Ritter von Mersort auf dessen Ansuchen in den dauernden Ruhestand unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langen, treuen und ersprießlichen Dienstleistung zu versetzen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Rittmeister in der Armee Nicolaus von Zichy und dem Stephan von Zichy die k. k. Kämererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den Conceptsadjuncten des Ministeriums für Handel und Volkswirthschaft Ernst v. Teschenberg zum Ministerialconcipisten im Staatsministerium ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirthschaft hat im Einvernehmen mit der königl. siebenbürgischen Hofkanzlei die Wahl des Buchdruckereibesitzers Johann Gött zum Präsidenten und des Handelsmannes J. L. Heßhaimer zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Kronstadt genehmigt.

Das Ministerium für Handel- und Volkswirthschaft hat die Wiederwahl des Carl Ganahl zum Präsidenten und des Johann Joseph Gohm zum Vicepräsidenten in Feldkirch genehmigt.

Die königlich ungarische Hofkanzlei hat den Ladislaus Hengelmüller von Hengervár zum Honorär-Hofconceptsadjuncten der ungarischen Hofkanzlei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 16. Juni.

* Wie wir gestern aus Frankfurt gemeldet haben, ist der Mobilisirungsantrag Oesterreichs mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Für den Antrag stimmten: Oesterreich, Baiern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Nassau, Braunschweig und die 16. Curie (Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe-Waldeck). Baden enthielt sich der Abstimmung. Dagegen stimmten: Preußen, Oldenburg-Anhalt, Hansestädte, Thüringische Staaten, Luxemburg, die beiden Mecklenburg. (Holsteins Stimme ruht). Allerdings ergibt dieses Stimmverhältniß nur eine Majorität von drei Stimmen, aber welche festgegliederte, durch territorialen Zusammenhang starke Majorität steht da nicht Preußen gegenüber, das nur die unbedingt in seiner Machtsphäre gelegenen Staaten um sich zu schaaren vermocht, das unter seinen Anhängern nur die Hansestädte, das ohnehin nicht in Betracht zu ziehende Luxemburg, das gänzlich isolirte, durch Geld geköderte Oldenburg, die beiden zwischen preußisches Gebiet eingeklemmten Mecklenburg und die thüringischen Staaten zählt, deren Contingente zum Theil schon durch Conventionen dem preußischen Militär-Verband angehören. (Vier Fünftel des außerösterreichischen und außerpreußischen Deutschland haben sich für Oesterreich ausgesprochen, vier Fünftel mit 3265 gegen 718 □-Meilen.) Aber abgesehen von dem numerischen Uebergewicht der gegen die abenteuerliche Politik eines an der Monomanie der Vergrößerungssucht leidenden Staatsministers sich aufraffenden Staaten liegt ein unberechenbares moralisches Gewicht darin, daß überhaupt dieser Beschluß gefaßt, daß feierlich erklärt wurde, Preußens Vorgehen sei ein Bruch des Bundesfriedens und der Bund sei verpflichtet, gegen den Ruhestörer einzuschreiten. Zwar ist durch den Mobilisirungsbeschluß die Bundesexecution noch nicht ausgesprochen, aber Preußen hat in Vorhinein angezeigt, daß es einen solchen Beschluß als eine Kriegserklärung betrachten werde. Preußen hat also den Krieg, aber einen Krieg, wie es ihn nicht vorausgesehen, trotzdem glauben wir, daß Preußen, das auf der Bahn unseliger Verblendung unaufhaltsam weiter schreitet, vielleicht auch im Vertrauen auf die Bundesgenossen, die es, ein deutscher Staat, in der Fremde geworben, und gebunden durch die Verpflichtungen, die es verrätherischer Weise auf sich genommen, den Kampf selbst beginnt und zuvörderst über die unbotmäßigen norddeutschen Staaten, Kurhessen, Braunschweig, Hannover, herfällt. Unverbürgte Gerüchte wollen sogar von einem Einbruch Preußens in Sachsen wissen. Die „Wiener Ztg.“ vom 15. d. Mts. schreibt: Privattelegrammen aus Leipzig zufolge, die heute in später Stunde hier eingelaufen und die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, waren preußische Truppen heute (14.) Nachmittags 4 Uhr in Leipzig eingerückt und hatten sich unverweilt in Besitz des Telegraphenamtes gesetzt. Wie dem auch sei, der Ausbruch des Krieges scheint unvermeidlich, eines Krieges, den Klio trauernd, mit abgewandtem Antlitz und widerstrebender Hand auf ihren Tafeln verzeichnen wird, eines Kampfes zwischen Brüdern, deren schönster Beruf es wäre, vereint zu stehen und zu streben. Oesterreich, dieses Zeugniß muß jeder Unbefangene geben, hat Alles gethan, den unnatürlichen Krieg zu vermeiden, seine Bemühungen waren vergebens; die Gegner, die sich anschicken, um seine Kleider zu würfeln, haben den Krieg seit Jahren beschlossen, Oesterreich muß in diesen Kampf, es gilt die Erhaltung, die Existenz des Staates. Eine ernste Prüfung tritt an die Völker des Reiches, möge sie dieselben einig und opferbereit finden, möge das Kampfgeschrei, das schon aus den preußischen Marken wie von den Apenninen her schrill die Luft durchzieht, ein Ruf sein zur Eintracht, zum entschlossenen unbeugsamen Widerstand gegen die nur durch Bande schnöden Eigennutzes verbündeten Feinde, auf daß das Vertrauen nicht zu Schanden werde, das unser Monarch nächst Gott, seinem guten Recht und seiner tapferen Armee auf die Mitwirkung seiner treuen Völker setzt.

Eine Depesche Bismarcks vom 12. d. Mts. an die deutschen Bundesgenossen, welche die preußische Auffassung über den Mobilisirungsantrag Oesterreichs auseinandersetzt, besagt: „Dem Antrage fehlt jede bundesrechtliche Grundlage. Durch Annahme desselben lösen die Betheiligten das Bundes-Verhältniß und treten in einen bundeslosen Zustand mit einem Acte der Feindseligkeit gegen Preußen. In dem dann ausbrechenden Kriege wird sich Preußen nur durch sein eigenes Interesse und dasjenige der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen.“ Die Depesche constatirt, daß die Zustimmung zu dem Mobilmachungsantrage für Preußen die militärische Solidarität der zustimmenden Regierungen mit Oesterreich bedeute, welches eine besondere Kriegserklärung auf den Mobilmachungsbeschluß folgen lassen wird. Die Zustimmung wird daher preußischerseits einem selbstständigen Krieg jener Staaten gleich geachtet. — Hierauf sollen die zwischen den preußischen Provinzen liegenden Staaten, von denen die Annahme des Antrages voraussichtlich ist, noch besonders aufmerksam gemacht und ihnen die Schritte angedeutet worden sein, welche die nothwendige Zusammenhaltung der preußischen Armeen im Staatsgebiete im bevorstehenden Kriege unabweislich fordert.

Die „Börsenztg.“ schreibt, falls die Abstimmung beim Bunde gegen Preußen ausfalle, so liege der preußischen Regierung die unbedingte Verpflichtung ob, die zwischen den westlichen und den östlichen preußischen Provinzen liegenden Gebiete im Interesse einer Sicherstellung der Verbindung zwischen beiden Hälften der Monarchie ohne Verzug zu besetzen. „Sind wir recht unterrichtet, so stehen die in dieser Richtung zu fassenden Beschlüsse auch bereits völlig fest.“

In der hannoverschen ersten Kammer erklärte am 11. d. der Staatsrathspräsident Graf Borries, das Haus könne dem König unter keiner Bedingung den Rath geben, sich bei unmöglicher Neutralität auf Preußens Seite zu stellen. Hannover müsse sich, nicht auf den Boden der Thatsachen, sondern den des Bundesrechtes stellen; unterliege man auf letzterem, so habe man doch das Bewußtsein, am Rechte festgehalten zu haben und könne hoffen, daß das Recht wieder aufkomme und die Selbstständigkeit des Königreiches gewahrt werden würde.

Die Wiener „Abendpost“ bezeichnet die preußischen Bundesreform-Vorschläge, die nun im Berliner Staatsanzeiger vollständig vorliegen, als eine abgeschwächte Auffrischung des Reichsverfassungs-Entwurfes „mit Ausschluß Oesterreichs“ vom 26. Mai 1849 und als eine Modernisirung des Radowitz'schen Projectes. Sie stellt diesem neuen Experimente dasselbe Schicksal in Aussicht, das die preußischen Reformversuche von 1849 ereilt habe. Damals, am 12. Juli 1849, habe v. d. Pfordten erklärt, es sei nicht mehr zu verkennen, „daß in der Form des von Preußen proponirten Bundesstaates die Scheidung des übrigen Deutschland von Oesterreich und seine Unterwerfung unter Preußen erstrebt werde, und daß man die ganze Frage lediglich als eine Frage der Macht und des Interesses auffaßt.“ Und er habe an diese Aeußerung die Worte geknüpft, die auf die gegenwärtige Situation passen, als wären sie heute geschrieben: „Zu wünschen bleibe nur, daß die Lösung der Frage nicht eine gewaltsame werde, daß sie insbesondere nicht aus einer inneren deutschen Angelegenheit sich in eine europäische verwandle“. Damals, 1849, haben conservative preußische Publicisten die Gefahr, welche aus den Reformprojecten ihrer Regierung für den Frieden Deutschlands entspringen müßte, erkannt. So habe Herr von Kaltenbronn die Illegalität der damaligen Reformprojecte vom Standpuncte der Bundesverfassung nachgewiesen und dem damaligen preußischen Cabinette vorgeworfen, es hätte wenigstens so viel Einsicht haben sollen, zu begreifen, daß Oesterreich und die Mittelstaaten in dem preußischen Reformprojecte nur den Plan einer durch nichts zu rechtfertigenden preußischen Vergrößerung und nichts die deutsche Einheit Förderndes sehen könnten; man hätte sich in Berlin klar werden müssen, daß man seine Pläne nicht mit Noten, sondern einzig und allein mit dem Schwerte durchsetzen könne, wenn man es überhaupt noch wolle. — „Heute ist man“, fügt die „Wiener Abendpost“ bei, „sich darüber klar, und das ist der Schlüssel zu der Angriffspolitik Preußens. Das Berliner Cabinet bedroht die Staaten, die sich nicht rückhaltlos seiner Politik anschließen, in ihrer Existenz; es hat gebrochen mit den Grundsätzen einer rechtlichen Neugestaltung Deutschlands. Die Auffassung die es von seiner Macht und seiner Interessen hat, ist allein bestimmend für seine Schritte. Die preußische Regierung steht heute nicht auf dem Boden der Evolution des Bundesrechtes, sondern auf dem der Revolution.“

Prinz Napoleon hat am 11. d. die Girardin'sche Liberté mit einer längeren Stylübung beglückt, die durch die Conclusionen merkwürdig ist, zu welchen der „Garant der besonderen Haltung Italiens am hiesigen Hofe“ schließlich gelangt, indem er behauptet, Italien befände sich in der anormalen Lage, obwohl es der Verbündete Preußens sei, dennoch den Sieg Oesterreichs und die Eroberung Schlesiens durch letzteres wünschen zu müssen, weil dies das einzige Mittel sei, die Wiener Hofburg in Bezug auf die gutwillige Cession Veneziens günstiger zu stimmen. Der Redevetter, schreibt ein Pariser Correspondent der „K. Z.“, stellt da sonderbare Schlußfolgerungen auf, und man muß fast glauben, es habe sich bei ihm jetzt vor dem Kampfe wiederum jener charakteristische Gesundheitszustand eingestellt, durch den seine Heldenlaufbahn im orientalischen Kriege so unvergeßliche Erinnerungen zurückließ.

Der franz. Botschafter in Wien soll dem Grafen Mensdorff mitgetheilt haben, ihm sei telegraphisch das bevorstehende Eintreffen einer zur Kenntnißnahme des österreichischen Cabinets zu bringenden Erläuterung des Schreibens des Kaisers an Herrn Drouyn de Lhuys avisirt worden, und er habe vorläufig nur zu erklären daß Frankreich nun allerdings die volle Freiheit der Entschließungen, die es jedem der streitenden Theile in dem Bereiche seiner Interessen zuerkenne, auch sich selbst für den Fall vorbehalten, wo im Verlauf der Ereignisse ein französisches Interesse in Mitleidenschaft gezogen werden sollte; daß es aber im gegenwärtigen Augenblicke laut zu constatiren sich verpflichtet erachte, daß (wohlgemerkt) bisher ein französisches Interesse weder verletzt noch bedroht worden sei.“

Das Rundschreiben Drouyn de Lhuys', auf welches die Botschaft Napoleon's Bezug nimmt, soll, wie das „Frmdbl.“ meldet, dem Herzog von Gramont bereits zugegangen sein. Nach Aufzählung der verschiedenen Anstrengungen der neutralen Mächte zur Erhaltung des Friedens und nach besonderer Betonung der „Unintereſſirtheit Frankreichs“ gelangt das Schriftstück zu dem Schlusse, daß von nun an „allein den Ereignissen das Wort gelassen werden müsse“.

Der Pariser Correspondent der „Kreuzztg.“ will wissen, daß das russische Cabinet auf die Anfrage Oesterreichs, ob letzteres in der venezianischen Frage auf seine Unterstützung zählen dürfe, ablehnend geantwortet habe. Dies sei das eigentliche Motiv, weshalb Oesterreich das Zustandekommen der Conferenz verhindert hat. (Wie man weiß, ist das gerade Gegentheil richtig.)

Die Vertretung der österreichischen Interessen in Italien wird dem Vernehmen nach aus den Händen des preußischen Gesandten v. Usedom allem Anscheine nach in jene des russischen Gesandten übergehen.

Die Anerkennung des Fürsten Carl I. von Rumänien wird, wie versichert wird, auch von Oesterreich, falls derselbe dem Sultan den Vasalleneid leistet, ausgesprochen werden. Zwar verkennt man nicht, daß eben ein solches fait accompli tractatwidrig wäre. Allein man habe ja mit der seinerzeitigen Bestätigung Cusa's einen Präcedenzfall geschaffen, warum solle denn dann nicht jetzt zur Vermeidung anderweitiger Verwickelungen eine gleiche Concession zulässig erscheinen!

Nach Berichten aus Bukarest erregt der neue Finanzplan Bratiano's, Papiergeld in Assignatenform auszugeben, große Erbitterung, und die Befürchtung, es werde dadurch binnen Kurzem die ganze klingende Münze aus dem Lande verschwinden. Besonders protestirten gegen diese Maßregel die Repräsentanten der anglo-französischen Bank.

Dr. Beke ist bereits in London eingetroffen und Consul Cameron nebst den übrigen befreiten abyssinischen Gefangenen wird in Kurzem in England erwartet.

In Madrid ist eine Ministerkrisis im Anzuge. Es heißt, daß neuestens selbst der Hof sich nicht mehr dem Cabinet O'Donnell so günstig zeigt, wie ehedem, und so hält man auch den Fall des einst so einflußreich gewesenen Marschalls für wahrscheinlich.

Proceß Krzyszkowski.

(Schluß.)

Um demnach seine Veruntreuungen zu verbergen, verfiel Krzyszkowski auf die Idee, daß es nothwendig sei, doppelte Journalien zu führen und zwar im ungebundenen Zustande; er theilte diese seine Idee dem Julian Kasprzykiewicz mit, welcher dieselbe vollkommen billigte.

Krzyszkowski führte nun seit dem J. 1857 zweierlei Material-Journale, nämlich ein echtes Empfangsjournal, in welchem alle Empfänge an Tabak- und Stempel-Materiale richtig eingetragen waren, und ein falsches Empfangsjournal, in welchem bloß so viel Tabak- und Stempelmateriale eingetragen erschien, als sich wirklich im Magazine vorräthig befand. Um diesen Vorrath in seinem gefälschten Journale ganz genau eintragen zu können, begab sich Valerian Krzyszkowski vor einer jeden Scontrirung in das Magazin,

inventirte den Vorrath und rectificirte nach dem Ergebnisse dieser Inventur das falsche Material-Journal, sodann begab sich Krzyszkowski nochmals in das Magazin, überzählte den Vorrath noch einmal und falls sich im Magazine ein Ueberschuß herausstellte, so ertheilte er dem Amtsdiener den Auftrag, er möge das überschüssige Tabakmateriale irgendwohin verstecken.

Valerian Krzyszkowski erklärt ausdrücklich, daß ihm von seiner vorgesetzten Behörde wohl niemals verrathen wurde, wann eigentlich eine Scontrirung vorgenommen werden sollte, allein dies war auch gar nicht nöthig, weil die Scontrirungscommissäre sie immer in der Sammlungscasse zuerst vornahmen, ihm die Schlüssel von dem Magazine, während der Scontrirung, um nämlich die Manipulation im Magazine nicht zu hemmen, in seinen Händen beließen und er auf diese Weise, da die Scontrirung der übrigen Zweige der Sammlungscasse mehrere Tage in Anspruch nahm, immer hinreichende Zeit und Gelegenheit fand, um seine Journalien mit dem wirklichen Vorrath in Einklang zu bringen.

Krzyszkowski versah die falschen Journalien mit der Scontrirungsklausel eigenhändig, auf Grundlage dieser Journalien wurde die Scontrirung vorgenommen und es hat sich niemals hiebei ein Anstand ergeben.

Daß aber auch späterhin von der Rechnungsabtheilung und Censurbehörde die Veruntreuungen des Valerian Krzyszkowski nicht entdeckt wurden, hat seinen Grund in der bei der Sammlungs-Cassa beobachteten Uebung, daß die der Scontrirung zu Grunde gelegten Material-Journalien nach beendeter Scontrirung von den Scontrirungscommissären nicht gleich, sondern oft erst in 8 bis 10 Tagen gefertigt wurden. Es wurden nämlich die sämmtlichen Journalien zur Einsendung an die Censurbehörde erst in's Reine geschrieben und erst wenn die Reinschriften der Journalien von sämmtlichen Geschäftszweigen der Tarnower Sammlungs-Casse besorgt waren, wurden diese Journale sammt allen Documenten in die Sammlungscassa auf einen langen Tisch gelegt und sodann von den Oberbeamten und den Scontrirungscommissären unterschrieben, so daß ganze Stöße solcher Schriften zu gleicher Zeit zur Unterschrift gelangten, was mehre Stunden in Anspruch nahm. Diese Gepflogenheit benützte nun Valerian Krzyszkowski und unterschob zur Unterschrift die echten Material-Journalien, die gar nicht zur Grundlage der Scontrirung gedient hatten.

So gelangten die echten Journalien mit allen Unterschriften versehen, an die Censursbehörde, während die falschen Journale beim Krzyszkowski verblieben. Aus Anlaß der Einführung der österr. Währung und des Zollgewichtes wurden bestimmte Tabak- und Cigarren-Sorten aus dem Verkehre gezogen und dieses Materiale war an die betreffenden Fabriken zu retourniren. Weil aber der größte Theil des zurückzustellenden Materials bereits veruntreut war, so stellte Krzyszkowski gar kein Materiale an die Fabriken zurück, versteckte das annoch vorräthige Materiale durch den Amtsdiener Tokarz im Limitotabak-Magazin und stellte das zu retournirende Materiale fälschlich in dem Material-Journale als retournirt in Ausgabe. In einem Jahre darauf langte von der Buchhaltung eine Bemänglung herab, daß das in den Material-Journalien in Ausgabe gestellte Retour-Materiale bei den betreffenden Fabriken nicht in Empfang gestellt sei, worüber die Erläuterung abverlangt würde. In Folge einer Betreibung hat Krzyszkowski in seinem Ausgabs-Journale ganz falsch eingetragen, daß von der betreffenden Fabrik die bezügliche Recognition (Empfangsbestätigung) dto. . . . . und Nr. . . . beim Magazine eingelangt sei und diesen falschen Eintragungen gemäß wurden die Erläuterungen erstattet.

Aus Anlaß der Einführung der österreichischen Währung wurde auch verordnet, daß alle sowohl bei dem Magazin selbst als auch bei den auswärtigen Aemtern und den Verlegern vorräthigen auf Conventions-Münze lautenden Stempelmarken bis zu einem gewissen Termine an das Gefällsoberamt in Krakau zur Vertilgung einzusenden seien. Die Verleger und die Steuerämter sendeten wirklich die vorräthigen Stempelmarken, welche auf Conventionsmünze lauteten an das Tarnower Magazin, welche Valerian Krzyszkowski, sowie die beim Magazin selbst vorräthigen Stempelmarken in Conventions-Münze an das Gefälls-Oberamt in Krakau schickte. Krzyszkowski, welcher bereits sehr viel von Stempelmarken veruntreut hatte, schickte nur so viel nach Krakau, als er noch vorräthig hatte, trug jedoch dessen ungeachtet das ganze Quantum von Stempelmarken, welches er gemäß den Material-Journalien vorräthig haben sollte in das Material-Ausgabsjournale als an das Krakauer Gefällsoberamt abgesendet ein, ohne daß hierüber von irgend einer Seite ein Anstand erhoben worden wäre. Krzyszkowski gibt an, daß seine Veruntreuungen einmal sehr nahe der Entdeckung waren und erzählt, daß am 16. Juli 1862 eine Scontrirung stattfand, bei welcher die Rechnungsabtheilung einige Rechnungsfehler vorfand, die commissionell berichtigt werden sollten. Krahl fand diese Rechnungsfehler aus den echten Journalien auf und Rechnungsrevident Kordkiewicz verfaßte die rechnungsmäßige Dienstführung auf einem eigenen Bogen.

Da Krzyszkowski besorgte, daß bei der commissionellen Rectificirung eine Abzählung der Stempelvorräthe nach den echten Journalien vorgenommen werden konnte, so schickte er einen Brief durch Wolf Schütze (dem er sagte, daß er die vielen unausgewechselten Stempel nicht geordnet habe und als Ersatz für dieselben zur Scontrirung eine gleiche Anzahl Stempel benöthige) an Julian Kasprzykiewicz nach Oświęcim, der damals gleichfalls das Tabak- und Stempel-Magazin in Oświęcim unter sich hatte, dem er den Stand dieser Sache mittheilte und den er ersuchte, aus dem Oświęcimer Magazin ein bestimmtes Quantum Stempelmarken zur Scontrirung zu leihen. — Wolf Schütze brachte dem Krzyszkowski einen Brief von Julian Kasprzykiewicz zurück und richtete ihm zugleich mündlich aus, Krzyszkowski möge sich gleich an das Verschleißmagazin in Krakau um Zusendung der Stempelmarken wenden. Krzyszkowski fertigte in der That eine Bestellung von Stempelmarken an das Krakauer Gefällsoberamt aus und da ihm an der sogleichen Zusendung der Bestellung sehr viel gelegen war, so schickte er den Ladisl. Kasprzykiewicz nach Krakau, damit er die schnelle Expedirung der bestellten Stempelmarken erwirke. Ende August 1862 kamen Julian und Ladislaus Kasprzykiewicz in Krakau zusammen, um sich wegen der Beschleunigung der Absendung der Stempelmarken zu besprechen und es sei der Sohn Felix des Julian Kasprzykiewicz, der sich als Beamter und Praktikant der Tarnower k. k. Sammlungscasse vorstellte, zum Controllor Przyborski geschickt worden, um die Absendung der Marken zu betreiben.

Nachdem Ladislaus Kasprzykiewicz indessen nach Tarnow abgereist war, so telegraphirte ihm Felix Kasprzykiewicz: „Bestellung an St. (i. e. Starzyński) zur Richtigstellung abgegangen, Waare zur Einsendung verpackt". Krzyszkowski, ohne auf die Rückstellung der zu verbessernden Bestellung zu warten, fertigte eine neue Bestellung aus, worauf die Marken noch zur rechten Zeit einlangten. Diese ganze Stempelsendung im Werthe von 16385 fl. 50 kr. trug Krzyszkowski absichtlich in das Empfangs-Journal nicht ein, und dies war die nämliche Bestellung, die später die Hofbuchhaltung als nicht eingetragen auswies und welche zur Entdeckung der Veruntreuungen des Krzyszkowski die Veranlassung gab.

Daß übrigens die Veruntreuungen des Valerian Krzyszkowski nicht schon lange zuvor entdeckt und durch so viele Jahre von ihm fortgesetzt werden konnten, ist lediglich der mangelhaften Controle und der instructionswidrigen Gebahrung bei der Tarnower k. k. Sammlungscasse zuzuschreiben.

Die Präliminarien und Begründungs-Ausweise bei den von Valerian Krzyszkowski für das Tarnower Magazin gemachten Bestellungen waren überspannt und wurden dennoch von den Oberbeamten, dem Rechnungsrevidenten und dem Finanzdirector anstandslos gefertigt, wiewohl es diesen Beamten bei einer nur geringen Aufmerksamkeit hätte auffallen müssen, daß die auf dem Papier ausgewiesenen Vorräthe vom Tabakmateriale im Magazin bereits zu einer solchen Höhe angewachsen sind, daß dieselben in dem Magazin unmöglich Platz finden können.

Das Tabak- und Stempelmateriale wurde immer von Krzyszkowski allein übernommen, ohne daß sich einer von den Oberbeamten darum gekümmert hätte. Ebenso hat Krzyszkowski allein die Aviso's über das angekommene Tabakmateriale und die Postrecepisse über die angekommenen Stempelmarken gefertigt, was doch Sache des Einnehmers Starzyński war.

Krzyszkowski hatte auch stets allein die Schlüssel zum Tabakmagazin und zum Stempelkasten sowie er auch alle Ausfolgungen an die Verleger ohne Intervention eines Oberbeamten vornahm, während diese Magazine instructionsmäßig unter doppeltem Verschluß der Oberbeamten gehalten werden sollen.

Gemäß den Aussagen des Rechnungs-Revidenten Carl Kordkiewicz wurden die Bestellungen der Großverschleißer in der Rechnungs-Abtheilung nie vorgeschrieben, und die für Tabak und Stempel vorgeschriebenen Geldhilfsregister wurden von Krzyszkowski eigenhändig geführt, obwohl solche bei der Kasse hätten geführt werden sollen. Die ¼jährigen Verschleißconsignationen, die die Verleger der Finanz-Bezirks-Direction vorzulegen hatten, wurden von der Rechnungs-Abtheilung theils gar nicht, theils so mangelhaft geprüft, daß die darin entdeckten Differenzen gar nicht beachtet wurden.

Die Tabaks-Material-Journale, die täglich, und die Stempel-Materials-Journale, die wöchentlich der Rechnungs-Abtheilung vorzulegen sind, wurden derselben erst allmonatlich vorgelegt.

Ungeachtet der Verschleiß für echte Havannah-Cigarren bei dem Tarnower Magazin auffallend fiel, die Abfuhr der gelösten Gelder für dieselben und für verkaufte Stempelmarken höherer Gattung höchst unregelmäßig erfolgte, wurden diese Mängel doch niemals zur Sprache gebracht, ebensowenig wurde beachtet, daß Krzyszkowski das vorgeschriebene Verzeichniß der ausgewechselten Stempel gar nicht führte.

Krzyszkowski war zu wiederholtenmalen beurlaubt, es fand jedoch bei diesen Anlässen die ordentliche Uebergabe des Magazins an den Vertreter des Krzyszkowski nie statt und dieser übergab seinem Vertreter nicht einmal die nöthigen Journalien.

Ungeachtet sich mehrere Sub-Verleger theils mündlich beim Finanzrath, theils schriftlich bei der Finanz-Bezirks-Direction wegen nicht gehöriger Bevorräthigung des Magazins mit Tabaksorten und wegen mangelhafter Expedirung beschwerten, hat sich Finanzrath R. lediglich mit der mündlichen Entschuldigung des Krzyszkowski begnügt, ohne der Sache auf den Grund zu sehen.

Diese Nachsicht gegen Krzyszkowski ist lediglich dadurch zu erklären, daß mehrere Beamte der Sammlungskassa und Finanzbezirks-Direction dem Krzyszkowski zum Danke verpflichtet waren und sich daher gescheut haben mögen, mit der im Gesetze vorgeschriebenen Strenge aufzutreten, vielmehr ihm blindes Vertrauen schenkten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Juni. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Elisabeth sind am 11. d. um 8 Uhr Morgens zum Curgebrauch in Franzensbad eingetroffen.

Die Abreise des preußischen Gesandten Baron Werther erfolgte gestern Früh mit dem Oderberger Zuge. Baron Werther ist mit seiner ganzen Familie direct nach Berlin gereist. Der hiesige spanische Gesandte Don della Torre d'Aylor sammt Familie, der preußische Consul Herr Goldschmidt und andere Notabilitäten gaben dem ungern von Wien Scheidenden das Geleite nach dem Perron des Nordbahnhofes.

Der Vorstand der preußischen Legationskanzlei, Geh. Hofrath v. Weimann, der bereits seit 40 Jahren sich in Wien aufhält, wird auch während des Krieges in Wien bleiben, um derjenigen fremden Gesandtschaft, welche mit der Vertretung der preußischen Interessen betraut sein wird, in geschäftlicher Beziehung zur Seite zu stehen.

Gestern traf hier aus Berlin bereits der österreichische Militär-Bevollmächtigte Oberst Pelikan v. Plauenburg ein. Für morgen erwartet man die Ankunft des Legationsrathes v. Hofmann aus Hamburg.

Der Abgesandte des Prinzen Carl von Hohenzollern, Fürst Demeter Ghika, ist wieder nach Bukarest zurückgekehrt und hat Wien verlassen, ohne bei Sr. Majestät dem Kaiser eine Audienz erlangt zu haben. Wie wir bereits gemeldet haben, wurde Hr. v. Ghika hier blos vom Grafen v. Mensdorff, und zwar nur als Privatperson und nicht als officieller Abgesandter des Prinzen von Hohenzollern empfangen.

Die „Debatte" bringt folgende Erklärung: Die „Presse" bringt eine Notiz über die vielen Finanz-Projecte, welche der Regierung nun vorgelegt werden, über die Gerüchte von bevorstehenden Zwangsanlehen &c. &c. Wie ich Ihnen mittheilen kann, ist es allerdings richtig, daß die abenteuerlichsten Finanz-Projecte wie Pilze aufschießen, aber ebenso richtig ist es, daß keines derselben auch nur im Entferntesten Aussicht hat, maßgebenden Orts Eingang zu finden. Es begreift sich wohl leicht, daß, falls der Krieg sehr lange andauern sollte, die 150 Mill. Staatsnoten kaum ausreichen würden; gewiß aber ist es, daß sie vorderhand und noch für geraume Zeit, Dank der Sparsamkeit und Ordnung, die in allen Zweigen der Militärverwaltung herrscht, den Bedarf zu decken im Stande sind. Es sind auch, wie ich aus verläßlicher Quelle erfahre, alle Anstalten getroffen, um den sonstigen Staatsobliegenheiten, gleichwie im tiefsten Frieden, nachkommen zu können.

Am 13. d. ist in Prag der Großmeister des Kreuzherren-Ordens und böhmische Landtags-Abgeordnete Dr. Beer plötzlich am Gehirnschlagfluß gestorben.

In Agram ist am 14. Juni ein Comité aus Carlstadt, bestehend aus dem Carlstädter Bürgermeister Obradevic und zwei städtischen Vertretern, eingetroffen, um dem Banus eine Loyalitätsadresse der Stadt Carlstadt zur Weiterbeförderung an Se. Majestät zu überreichen.

Die „Gazzetta di Venezia" bringt die amtliche Mittheilung, daß laut einem Erlasse des Finanzministers vom 10. l. M. der Remonstration der Centralcongregation von Venedig an den Ministerrath gegen die Auflage des Zwangsanlehens wegen der gegenwärtigen Verhältnisse keine Folge gegeben werden kann. Das betreffende Gesetz vom 25. muß daher vollzogen werden.

Deutschland.

Das „Schleswigsche Verordnungsblatt" vom 12. veröffentlicht eine Bekanntmachung des Freiherrn von Zedlitz, womit die vorgestern mitgetheilte Proclamation Manteuffels an die Holsteiner den Schleswigern zur Kenntniß gebracht und hiebei ausdrücklich bekannt gegeben wird, daß die für das Herzogthum Schleswig derzeit bestehende Organisation bis auf weiteres unverändert bleibt.

Vor Abzug der Oesterreicher aus Altona hat General Gablenz den folgenden Tagesbefehl erlassen:

„Soldaten der Brigade Kalik! Der bestimmt ausgesprochene Befehl Sr. Maj. unseres allergnädigsten Kriegsherrn ruft uns in unsere Heimat zurück, nachdem unser Alliirter von gestern heute als Gegner von allen Seiten über die Landesmarken bricht und uns durch numerisch überlegene Kräfte zu erdrücken droht. Die hohe Weisheit und väterliche Fürsorge unseres erhabenen Monarchen will zwecklosen Kampf vermieden wissen, in welchem selbst die höchste Tapferkeit der gegnerischen Uebermacht schließlich erliegen müßte, während er unserer ungeschwächten Kräfte anderweitig bedarf. Wir kehren in unser Heimatland zurück, um dort auf vollen Kriegsstand gesetzt und feldmäßig ausgerüstet zu werden und in den Verband einer großen und schönen Armee zu treten, mit welcher vereint der Kampf aufgenommen werden wird. Ihr habt Euere Aufgabe hier in einem befreundeten Lande zu meiner vollen Zufriedenheit gelöst. Ihr habt Euch die Sympathie der Bevölkerung zu erwerben gewußt und in echt soldatischer Weise die Bande der Disciplin selbst in den schwierigsten Verhältnissen nicht gelockert. Ich bin glücklich, Sr. Majestät dies alles melden zu können. Soldaten! Niemanden kann es schwerer fallen, als mir selbst, aus einem Lande zu scheiden, das ich im jüngsten Kriege und während meiner Verwaltung als Statthalter so lieb gewonnen habe; aber Verhältnisse gebieten es, es muß sein. Was immer auch die nächste Zukunft bringen möge, ich rechne auf Eure unbedingte Hingebung. Die nächste Zukunft wird Euch reichliche Gelegenheit bieten, Eure Fahnen mit neuen Lorbeern schmücken zu können. Hoch lebe der Kaiser!"

Altona, 11. Juni 1866. Gablenz, FML.

Ueber die Ruhestörungen in Altona wird aus Hamburg 13. Juni geschrieben: Bis 11½ Uhr hatte eine enorme Menschenmenge, welche alle Straßen der Stadt durchwogte, Augenweide gehabt und jeden abziehenden Trupp mit Hurrah begleitet. Sie blieb aber zusammen, um den Einmarsch der preußischen Truppen abzuwarten. Da fiel es halb 1 Uhr einzelnen Tumultanten ein, mit Steinen von einem Neubau am Rathhausmark der nur von einigen Polizei-Officianten besetzten Wache zu werfen; das Klirren der ersten Scheibe war für die große Masse das Signal zum allgemeinen Bombardement und bald war keine Scheibe mehr und keine Gaslaterne heil an der Wache. Die wenigen Officianten und Nachtwächter, welche einschreiten wollten, wurden theilweise nicht erheblich durch Steinwürfe verwundet, sie mußten sich zurückziehen. Jetzt wandte sich die Wuth der Tumultanten gegen die im zweiten und dritten Stockwerke über der Wache befindlichen Arrestlocale und auch hier wurden die Fenster eingeworfen, doch ohne daß einer der Gefangenen durch einen Steinwurf oder Glassplitter verwundet wäre, wie eine später angestellte Inspicirung ergab. Jetzt griffen die Tumultanten das benachbarte Rathaus an und zertrümmerten besonders in der Kämmereistube eine Anzahl Scheiben. Hier aber ward ihrem Treiben ein Ende gesetzt. Eine Anzahl Bürger, welche sich durch Umbinden des Taschentuches um den linken Arm kenntlich machten, einigten sich mit den Polizisten und Wächtern, formirten eine dicht geschlossene Kette und trieben so unter Anführung des Polizei-Assistenten v. Prangen die ganze Masse auseinander und die bei Weitem größte Zahl nach St. Pauli. Hiebei fielen natürlich Schläge von beiden Seiten. Am Nobisthor machten die Altonaer Halt und dies ermuthigte die Frevler zu einem neuen Angriff mit Feldsteinen, welche aus der Lincolnstraße herbeigeholt wurden. Auch hier fanden mehrere Verwundungen statt und ein Bürger von St. Pauli, der nach Hause gehen wollte, ward so schwer getroffen, daß er wie todt weggetragen wurde. Unter den zahlreich hier vorgenommenen Arrestationen ist nicht eine einzige eines Altonaers; sämmtliche Gefangene gehören nach St. Pauli. Inzwischen war auch eine Compagnie Oesterreicher wieder zur Besetzung der Wache gekommen.

Feldmarschallieutenant v. Gablenz, meldet man aus Frankfurt a. M., 13. d. Mts., ist Nachmittag 4 Uhr, bald nachher die ersten Bataillone der Brigade Kalik hier eingetroffen und jubelnd empfangen worden. Die Truppen übernachten hier. Freiherr v. Gablenz ist am 14. d. Vormittags nach Wien abgereist. — Die baierische Besatzung in Frankfurt hat Marschbereitschaftsordre erhalten; sie geht angeblich nach dem Lager bei Würzburg. Ein Frankfurter Telegramm der „N. Fr. Pr." meldet, ob richtiger, wissen wir nicht: Die Brigade Kalik bezieht ein Lager zwischen Aschaffenburg und Würzburg, eben so die Garnisonen von Mainz und Frankfurt.

Der sächsische Landtag wurde am 14. d. durch den Staatsminister v. Beust geschlossen. Derselbe dankte für die übereinstimmenden Beschlüsse, für die patriotische Hingebung und für die gewährten Mittel. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Die Opfer, welche gebracht werden, die Prüfungen, welche bevorstehen, sollen zum Heile Deutschlands, für einen dauernden und ehrenvollen, Segen verbreitenden Frieden getragen werden."

Aus Berlin, 14. d., wird gemeldet: Se. Majestät der König empfing heute Vormittag den aus Wien zurückgekehrten Militärbevollmächtigten v. Gröben. Heute Morgens traf aus Petersburg der kaiserliche General-Adjutant Bühler hier ein; derselbe geht von hier nach Dresden und Brünn.

Der Prinz Nicolaus von Oldenburg ist, wie einem Wiener Blatte gemeldet wird, in außerordentlicher Mission in Begleitung des Marquis Wielopolski in Berlin eingetroffen.

In Preußen müssen die furchtbarsten Anstrengungen gemacht werden, um der drohenden Finanznoth zu steuern. Die Steuercredite werden gekündigt. In Kosel wird durch den Magistrat bekannt gemacht, daß keinem der Abziehenden früher die nothwendige Legitimation ertheilt werden wird, bevor nicht der Nachweis geführt ist, daß sämmtliche Steuern für drei Monate im Voraus bezahlt worden sind. Es werden deshalb viele Familien es auf die eventuell angedrohte zwangsweise Ausweisung ankommen lassen müssen, weil bei der gegenwärtigen geschäfts- und erwerbslosen Zeit wohl nur Wenige sich in der Lage befinden werden, jener Aufgabe zu genügen.

Der preußische „Staatsanz." meldet: Eine Bekanntmachung des Finanzministers und des Ministers des Innern verbietet die Ausfuhr sämmtlicher Mühlenfabricate aus Getreide und Hülsenfrüchten, Bäckereiwaaren, Rindern und Schafvieh über die Gränze von Thorn bis Seidenberg an der sächsischen Gränze.

Von der österreichischen Gesandtschaft ist nur der Secretär v. Kismartonyi in Berlin zurückgeblieben, um die Gesandtschaftsgeschäfte abzuwickeln. Die Erledigung der weitern Geschäfte der österreichischen Gesandtschaft am dortigen Hofe hat, wie erwähnt, der niederländische Gesandte Graf van Zuylen van Nyewelt übernommen.

Der Redacteur der „Nordd. Allgem. Ztg.", Braß, hat den französischen Orden der Ehrenlegion erhalten. Er hat ihn unredlich verdient. Jetzt wird der Decorirte seine frühere Farbe doch offen zur Schau tragen können.

Fürst Ghika ist in Berlin eingetroffen und hat mit Bismarck conferirt.

Die königliche Akademie der Wissenschaften zu Amsterdam hat in ihrer Sitzung am 9. April den Professor Hoffmann v. Fallersleben zu ihrem auswärtigen Mitgliede ernannt.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die Opposition hatte sich nachdrücklich durch Debattirung der auswärtigen Politik und der Lage Europa's vorbereitet und Jules Favre die Hauptrolle zugetheilt. Doch der Kaiser kam ihm zuvor, indem er die seit mehreren Tagen angekündigte Botschaft in Form eines offenen Briefes an Drouyn de Lhuys vorlesen und die Discussion über Dinge, die zur Berathung noch nicht reif, kurzweg durch ein Votum der Majorität abthun ließ. Die

Kundgebung für den Frieden, von der im voraus so viel Wesens gemacht wurde, ist mit diesem Vertrauensvotum ins Wasser gefallen, als man die „freie Hand“ in eine drohende Faust verwandelt fand. Nach dieser politisch-parlamentarischen That geht der Kaiser aufs Land, zunächst nach St. Cloud, dann nach Vichy und drauf nach Nancy und Straßburg. Der geheime Rath war heute schon wieder versammelt; auch dieses ist ein Symptom, daß man großes Spiel zu wagen entschlossen ist.

Aus Paris wird geschrieben: Die mit der letzten Post aus Mexico eingelangten Privatnachrichten meldeten, daß das österreichische Freiwilligencorps unter französischen Oberbefehl gestellt worden sei, daß General Graf Thun aus Unmuth hierüber seine Entlassung genommen, und daß sich des österreichischen Freiwilligencorps gänzliche Entmuthung bemächtigt habe. Mit derselben Post langten jedoch hier Depeschen aus Mexico von höchster Seite an den hiesigen mexicanischen Gesandten gerichtet, ein, welche die obigen allarmirenden Nachrichten theils reduciren, theils gänzlich widerlegen. Nach diesen Depeschen sind die Angelegenheiten der in Mexico befindlichen französischen, österreichischen und belgischen Freiwilligen nach einem neuen Modus und zur allseitigen Zufriedenheit geordnet, und General Graf Thun hat die neue Combination mit Vergnügen acceptirt. Um nämlich in das Commando der in Mexico befindlichen französischen und austro-belgischen Fremdenlegionen mehr Einheit zu bringen, wurden diese Truppen in eine Armee-Division vereinigt, welche Division den Namen „Division auxiliaire étrangère“ erhielt. Die Division besteht aus zwei Brigaden, von denen die erste die Truppen der französischen Fremdenlegion und die zweite das österreichische und belgische Freiwilligencorps umfaßt. Commandant der Division ist der französische General Baron Neigre, welcher als solcher am 1. Mai seine Functionen begonnen hat. Vom 1. Mai an hat auch Frankreich für das kaiserlich mexicanische Aerar die Zahlung der „Division auxiliaire étrangère“ übernommen, beide Tarife gezahlt; nachdem jedoch das österreichisch-belgische Corps der kais. mexicanischen Sache freiwillig seine Dienste angeboten hat und außerdem viele Individuen der österreichischen Corps hiemit auf nicht unbedeutende Vortheile in Oesterreich verzichten, so hat Kaiser Maximilian in Anerkennung dieser Verhältnisse angeordnet, daß für die austrobelgische Brigade außer den mit der französischen Brigade gleichen Bezahlungen und Verpflegung noch eine entsprechende Gratification vom mexicanischen Aerar in bestimmten Raten ausgezahlt werde, so daß den austrobelgischen Freiwilligen ihre bisherigen Bezüge ungeschmälert erhalten bleiben.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 14. d., wird gemeldet: Die Großfürsten Alexander und Wladimir sind Mittags in Hellebeck (Nordseeland) eingetroffen und begaben sich nach der Sommerresidenz Frederiksborg. Der Kronprinz von Dänemark wird am 17. Juni hier erwartet.

Italien.

Nach dem „Conte Cavour“ ist den Polen die Bildung einer eigenen polnischen Legion nicht gestattet und dieselben können nur auf dem gewöhnlichen Weg als Freiwillige eintreten.

Rußland.

Wie der „Russ. Inv.“ berichtet, hat in Krasnojarsk am 16. April (v. s.) während des Abendappells der in der Salzsiederei auf Arbeit befindlichen politischen Verbrecher, einer von ihnen, Theodor Florkowski, gewesener Chef der Hängegensd'armen, dem Stellvertreter des Jesaul vom Jeniseischen Kosakenregiment Serebrannikow, der den Appell vollführte, eine Wunde in die linke Wange mit einem Messer beigebracht, die jedoch nicht lebensgefährlich ist. Darüber wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Die Regierungscommission des öffentlichen Unterrichts im Königreich Polen gibt bekannt, daß die Eröffnung der deutsch-evangielischen Hauptschule in Warschau mit Beginn des Schuljahres 186⁶/₇, d. i. am 16. August l. J. stattfinden wird. Diese Schule besteht aus zwei Abtheilungen, aus 7 Classen männlicher und 6 Classen weiblicher Schüler, dann den bereits eröffneten pädagogischen Coursen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 16. Juni.

α [Proceß Krzyszkowski. Fortsetzung.] Gestern, in der 4. Sitzung wurden die Aussagen des Angeklagten über die Manipulation bei der Führung von Journalen fortgesetzt. Auf die Frage, ob er gegen die vermeintliche Höhe seiner Veruntreuungen im Betrage von 216.509 fl. ö. W. etwas einzuwenden habe, erwidert er mit Nein. Von dem veruntreuten Geld habe er nichts mehr. Die Haushaltung habe dem Ladislaus K. jährlich 6000 fl. gekostet; er hielt Bediente in Livree, spielte Karten u. s. w. Die Aussagen über die Ankunft der Scontrirungscommission und seine Flucht aus Tarnow weichen von denen bei der Untersuchung nicht ab. Als er im Magazin die Papiere vernichtete und damit gleichsam die Brücken hinter sich abbrach, kam er nach Hause und fand nur seine Mutter anwesend; die Frau war mit einigen Bekannten und den Kindern im Concert (wo Miska Hauser spielte). Der Mutter, die seine Unruhe und Verwirrung bemerkte, sagte er, er sei nach Krakau versetzt, avancirt. Als die Familie zurückgekehrt war, verabschiedete er sich unter diesem Vorwand von Frau und Kindern in rührenden Ausdrücken, indem er sich dachte, er werde sie vielleicht nie wieder sehen. Die Vorgänge auf der Flucht nach Breslau, die er anführt, sind in der Anklageschrift enthalten. Als Ladislaus Kasprzykiewicz in Breslau ihn besuchte und ihm den Rath gab, sich das Leben zu nehmen, erwiderte Valerian Krzyszkowski: er wolle nicht ewig leiden, nämlich Jenseits. Bei den Frauen Arlich führte er sich bekanntlich als ein politischer Flüchtling ein. In Breslau machte Krzyszkowski Bekanntschaft mit dem Domherrn M., ging öfter mit ihm spazieren und sprach mit ihm in eingehender Weise über religiöse Dinge. Der ehrenwerthe Charakter dieses Priesters und sein gütiges Benehmen machten auf Krzyszkowski einen großen Eindruck und erweckten sein besseres Gefühl und den Entschluß, sich selbst dem Gericht anzugeben. Nur aus Rücksicht auf die Familie Kasprzykiewicz zögerte er mit der Ausführung. Als der Polizeicommissär ihm die telegraphische Depesche vorzeigte und ihn fragte, ob er nicht Valerian Krzyszkowski heiße (er wies auf diesen geschriebenen Namen, weil er ihn nicht aussprechen konnte), bejahte es Krzyszkowski in der Ueberzeugung, alles sei verloren und er müsse sich dem Willen Gottes fügen. Val. Krzyszkowski erklärt auf Befragen feierlich, daß er die Wahrheit spreche, auf alles gefaßt sei, vor keiner Strafe zurückschrecke, nur vor jener Gottes und daß er keinen Zorn gegen die Mitangeklagten hege. Schluß der Sitzung. Heute beginnt das Verhör mit Ladislaus Kasprzykiewicz. Derselbe ist im Leugnen und benimmt sich in so heftiger und hochfahrender Weise, daß er von dem Vorsitzenden wiederholt zur Mäßigung gemahnt werden muß.

* Die jugendliche Violin-Virtuosin Frl. Hollas aus Prag findet immer größere Anerkennung. Schade, daß solch ein ausgesprochenes, auf solcher Höhe der Kunst stehendes Talent verurtheilt ist, den Obolus ihrer Existenz im Staub und Getümmel der Kneipen zu suchen. Ist kein Ullmann da? Gläserklingen und Messergeklapper sind ein schlechtes Acompagnement zu gehaltvollen Piecen, wie Laub's Ballade, Ernst's Elegie 2c., welche das junge Mädchen mit seltener Vollendung den ob solcher Beikost höchlich erstaunten Insassen der Bierbänke vorträgt. Heute spielt sie im Schützengarten.

* Am Sonntag begann hier, wie gemeldet, das jährliche Königsschießen auf der gewöhnlichen Schießstätte im festlich mit Fahnen und Fähnchen geschmückten und mit Gästen gefüllten Schützengarten. Der bisherige Schützenkönig Hr. Kas. Henisz erhielt von der Schützengesellschaft einen großen Ring zum Andenken an sein Jahr-Königthum, auf welchem der Sigmunds-Hahn gravirt ist, und im Saal der Schießstätte wurde sein Oelporträt neben der langen Reihe der Bilder der Krakauer Bürger und Schützenkönige aufgehängt. Der hölzerne weiße goldgeschnäbelte und -chaussirte Hahn, das Ziel der abgeschickten mehr weniger geschickten Schüsse, hatte schon am ersten Tage einen harten Stand und zahlreiche Spuren von flügelzerfleischenden, in seinem Innern wühlenden und den Kopf wie auf den Nagel treffenden Kugelgeschossen.

* [Eingesandt.] Am 14. d. M. wurde eine Jagdhündin herrenlos hier gefunden. Der Eigenthümer kann sich in der Floriausgasse Nr. 364 im 2. Stock bei Hrn. Heinrich Czerny darum melden.

* Wie wir hören, soll die Hauptredaction der zweiten großen literarischen Zeitschrift, deren Gründung hier demnächst beabsichtigt ist, der weitbekannte Dichter und Schriftsteller J. J. Kraszewski übernehmen. Die Illustrationen werden von hiesigen Künstlern besorgt werden.

α Von dem angesagten, von uns erwähnten, deutsch-ruthenischen Wörterbuche des Herrn Particki ist kürzlich ein Probebogen erschienen. „Slowo“ unterzog diesen einer Kritik und sprach sich mißfällig über das Werk aus, weil die Schreibart des Hrn. Particki der ruthenischen Etymologie zuwider läuft. Hr. Particki, absolvirter Universitätshörer, scheint demnach der ukraino-polenfreundlichen Partei anzugehören. Die Zahl der Pränumeranten auf dieses Wörterbuch beträgt bloß 177.

α Das Gymnasialgebäude und das lateinische Seminarium in Przemyśl sollen, dem „Słowo“ zufolge, für Militärspitäler auf die Kriegsdauer bestimmt werden. Die militärische Sanitäts-Commission hat diese Gebäude besichtigt und sie zu diesem Zwecke für geeignet befunden.

* Vom k. k. Commando des Freiwilligen-Krakusen-Regiments wird, datirt Sędziszow, 14. d., die fünfte Liste der freiwilligen Beiträge für die Bildung desselben mitgetheilt.

Der Brand in Tyśmienitz am 12. d. M. ist nach 11 Uhr Vormittags ausgebrochen und dauerte bis 4 Uhr Namittags. Die innere Stadt ist gänzlich abgebrannt; 274 israelitische und sechs christliche Häuser, eine armenische und eine gr.-k. Kirche und zwei Synagogen sind eingeäschert. Bei 700 israelitische und 6 christliche Familien sind verunglückt, darunter nur 50 Familien bemittelt. Für die Verpflegung und Unterkunft der Mittellosen wurde momentan Sorge getragen. Der Schade wird erhoben. Die Habseligkeiten der Inwohner wurden zum Theil gerettet. Das Bezirks- und Steueramt blieb unversehrt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. Die Central-Nothstandscommission hat zu Händen des dortigen Comité 1200 fl. ö. W. dorthin gesandt.

* Der wegen Theilnahme am Aufstande im J. 1863 verhaftete und kürzlich freigelassene Lemberger Schriftsteller Herr Carl Widman wurde am 13. d. als Verfasser der in Beschlag genommenen Broschüre über das Graf Starzeński'sche Regiment neuerdings arretirt.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Wien, 15. Juni. Nachm. 2 Uhr. Metalliques 57.50. — Nat.-Anl. 61.15. — 1860er Lose 73.40. — Bankactien 674. — Credit-Actien 126.40. — London 138.50. — Silber 139.—. — Silber in Waare —.—. — Ducat 6.62.

Paris, 14. Juni. Rente 64.15.

Berlin, 14. Juni. Böhmische Westbahn 43½. — Galiz 57½. — Staatsb. 73. — Freiwill. Anlehen 79½. — 5perc. Met. 36½. — Nat.-Anl. 41½. — Credit-Lose 46¼. — 1860er-Lose 49¾. — 1864er Lose 27½. — 1864er Silber-Anleh. 47. — Credit-Actien 44 — Wien 70¾. Ruhige Haltung und fest. Nach Schluß der Börse sehr matt.

Frankfurt, 14 Juni. 5perc. Met. —. — Anlehen vom J. 1859 46⅜. — Wien 81½. — Bankactien 520.—. — 1854er Lose —. — Nat.-Anlehen 39¾. — Cred.-Actien 97½. — 1860er Lose 48¼. — 1864er Lose 46⅞. — 1864er Silber-Anlehen fehlt. — American. 66⅝ fest.

Hamburg, 14. Juni. Nat.-Anl. 42½. — Credit-Act. 43¼. — 1860er Lose 48. — Wien fehlt.

Discont 8 Percent.

Liverpool, 14. Juni. (Baumwollmarkt.) Umsatz 10.000 Ballen. — Orleans 14¼. — Georgia 14. — Fair Dholl. 9½. — Middl. Fair Dholl. 8. — Middl. Dholl. 7. — Bengal 6¾. — Omra 9¼. — Good Fair 6½. — New Dholl. 10½.

Dąbrowa, 1. — 15. Juni. [Durchschnittspreise] in Gulden östr. Währ.: Weizen 4.50 — Korn 3.40 — Gerste 2.40 — Hafer 2.10 — Haidekorn 3.50 — Fisolen —.— — Hirse —.— — Erdäpfeln —.90 — Heu 1.10 — Stroh —.— — Rindfleisch —.10 — Aquavit —.60 — hartes Holz —.—, weiches 7.— — Taglohn mit Kost —.— — Butter —.—.

Myślenice, 1. — 16. Juni [Durchschnittspreise] in Gulden öst. W.: Waizen 4.75 — Korn 4.— — Gerste 2.80 — Hafer 2.25 — Haide —.— — Erdäpfel 1.40 — Kleesamen —.— — Heu 1.80 — Stroh 1.— — Hartes Holz 7.40, weiches 4.15 — Rindfleisch —.14 — Aquavit —.

Jasło, vom 1 — 15. Juni. [Durchschnittspreise] in Gulden ö. W.: Weizen 3.80 — Roggen 3.20 — Gerste 2.50 — — Hafer 1.80 — Erdäpfel 1.13 — Heu 1.50 — Hartes Holz 5.50, weiches 3.50 — Rindfleisch —.10 — Aquavit —.80. — Butter 1 Pf. —.—.

Lemberg, 13. Juni. Holländer Ducaten 6.45 Geld, 6.54 Waare. — Kaiserliche Dukaten 6.53 Geld, 6.63 W. — Russischer halber Imperial 11.28 G., 11 50 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 2.10 G., 2 16 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.47 G., 1.51 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 2.03 G., 2 10 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 66 25 G., 67.42 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 69 46 G., 70.80 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 58 42 G., 59.50 W. — National-Anlehen ohne Coup. 59 17 G. 60.25 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 16.167 G. 165.33 W.

Krakauer Cours am 15. Juni. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 125 verl., 123 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100. p. 140 verl. fl 135 gez. — Poln. Pfandbriefe ohne Coupons fl. p. 100 fl. pol. 83½ verlangt, 81½ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 458 verl., 446 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 150 verl., 145 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 150 Thaler fl ö. W. 73 verl., 71 bez. — Preuß. Cour. für 100 fl. öst. W. Thaler 210 verl., 205 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 140 verl., 138 bez. — Vollw. öst. Rand-Dukaten fl. 6.63 verl, 6.43 bez. — Napoleondors fl. 11.35 verl., fl. 11.10 bez. — Russische Imperials fl. 11.45 verl., fl. 11.20 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 69.50 verl. 67.50 bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 72.50 verl., 70.50 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 60.50 verl. 58.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 168.— verl., 163.— bez.

Neueste Nachrichten.

Die von der „Wiener Zeitung“ gebrachte Nachricht von einem Einmarsch der Preußen in Leipzig hat sich (bis jetzt) nicht bestätigt.

Wir haben bereits mitgetheilt, daß die durch das Wolff'sche Bureau hieher so wie nach ganz Deutschland telegraphirte Nachricht, Ministerialrath v. Hofmann habe Itzehoe „heimlich“ verlassen, auf einer Erfindung des genannten Bureau beruht. Die „Wiener-Abendpost“ ergänzt diese Mittheilung noch dahin, daß Herr von Hofmann vor aller Augen in Begleitung des Grafen Luckner und erst dann abgereist ist, als nach Lessers Verhaftung durch Beschluß der Ständemitglieder die Unmöglichkeit, dem Proteste andere Schritte folgen zu lassen, constatirt war. Eine Bedrohung der Person des Herrn v. Hofmann oder der Ständemitglieder war damals nicht mehr vorhanden und es war Eile geboten, um rechtzeitig Nachricht von dem Vorrücken der Preußen gegen Altona zu geben, da der Telegraph preußischerseits inhibirt worden war.

Das preußische Reformproject soll am 14. d. dem Bundestage mit einer besonderen Motivirung übergeben werden.

Es heißt, die hannover'sche Regierung beanstandete das Ansuchen Preußens auf Durchzug einer preußischen Division aus den Herzogthümern nach Westphalen und der Provinz Sachsen.

Die „Hessische Morgenzeitung“ vom 14. d. meldet: Die Minister Abée, Harbordt und Rohde haben ihr Entlassungsgesuch eingereicht, Letzterer es jedoch wieder zurückgezogen. Der Mobilmachungsbefehl soll gestern erlassen worden sein. Aus Anlaß des officiellen Empfanges der österreichischen Truppen am Bahnhof interpellirte der preußische Gesandte die Regierung energisch; nur die alsbald erfolgte befriedigende Rückäußerung der kurfürstlichen Regierung hat das Verbleiben des Gesandten ermöglicht.

Telegraphische Depeschen.

Pest, 15. Juni. In der heutigen Sitzung des Repräsentantenhauses ziehen Tisza und Moczary ihre Amendements zurück. Deak erscheint hierauf im Saal und wird mit stürmischen Eljens empfangen. Deaks Antrag wird zum Behuf der Specialdebatte verlesen.

In der Sitzung des ungarischen Repräsentantenhauses vom 14. Juni wurde die Debatte über den Antrag Deáks in Angelegenheit der Nothstandsfrage fortgesetzt. Für den Antrag Deaks sprechen: Gabriel Fabian, Koloman Tisza, Emerich Ivanka, Aron Szilagyi, Graf Apponyi, Baron Eötvös, Zsedényi, Trefort, Ghyczy u. A. Graf Apponyi tritt in seiner Rede Denjenigen entgegen, welche behaupteten, daß das Volk ausschließlich Alles vom Landtage erwarte; das Volk — sagt Redner — erwartet Alles vom Ausgleich, vom Zusammenwirken des Landtages mit der Krone; man dürfe das Zusammenwirken dieser beiden Factoren nicht hindern, das würde geschehen, wenn man den Nothstand zu einer Pression auf die Regierung benützen würde. Nachdem viele vorgemerkte Redner auf das Wort verzichtet, wurde die allgemeine Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten, bei welcher sich die kleine Minorität der äußersten Linken für die Adresse und das ganze übrige Haus für den Deak'schen Antrag erhob. Schließlich wurden zwei Amendements verlesen, deren eines von Tisza einen Zusatz zu dem Beschluß und das andere von Mocsary die Weglassung des letzten Passus desselben bezweckt. Die Specialdebatte ist für morgen anberaumt.

„Pesti Hirnök“ schreibt: Die Stadt Gran hat gestern die Absendung einer Huldigungsadresse an Se. Majestät den Kaiser beschlossen. Ebenfalls gestern wurde die Huldigungsadresse der Stadt Temesvár dem Tavernicus durch eine Deputation übergeben.

Die Regierung hat bereits factisch begonnen, an Nothleidende Frucht zu vertheilen.

Altona, 14. Juni. (Verspätet eingelangt.) Ministerialrath Hofmann hat an den General-Lieutenant v. Manteuffel folgendes Schreiben gerichtet:

„Euer Excellenz haben den im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers von der Statthalterschaft ernannten Mitgliedern der herzoglich holstein'schen Landesregierung am 10. Juni angezeigt, daß Hochdieselben sich unter Aufhebung der gedachten Landesregierung veranlaßt gesehen, die Räthe ihrer Aemter zu entheben. Zugleich sind dieselben aufgefordert worden, die in ihren Händen befindlichen amtlichen Papiere an den mit der Leitung der Civilverwaltung in Holstein beauftragten Baron Scheel-Plessen in Kiel abzuliefern. Durch eine Proclamation Eurer Excellenz vom nämlichen Tage ist die Uebernahme der obersten Regierungsgewalt in Holstein zur öffentlichen Kunde gebracht worden. In Gemäßheit der mir ertheilten Instruction erhebe ich Namens des kaiserlichen Cabinets und des seiner Verwaltung anvertrauten Landes gegen diesen neuen Gewaltact Protest und werfe auf Euer Excellenz die Verantwortlichkeit für alle Folgen des Vertragsbruches und der geübten bundeswidrigen Eigenmacht. Die Mitglieder der Landesregierung habe ich angewiesen, sich der Gewalt zu fügen. Genehmigen 2c. 2c.

Hamburg, 15. Juni. Hannover concentrirt starke Truppenmassen an der Elbe (bei Stade) Die Berichte aus Hannover bekunden eine sehr entschiedene Volksstimmung.

Frankfurt, 14. Juni, Nachts. [Zur Bundestagssitzung.] Die Erklärung Preußens lautet ausführlicher:

Die Einbringung des österreichischen Antrages, mit der Bundesverfassung in offenbarem Widerspruch, ist von preußischer Seite als Bundesbruch anzusehen.

Das Bundesrecht kennt nur die Bundes-Execution. Insbesondere steht die Stellung Oesterreichs in Holstein nicht unter dem Schutze der Bundesverträge, und der Kaiser von Oesterreich ist nicht als Bundesmitglied für Holstein zu betrachten.

Deshalb wird von Preußen auf die Motivirung des Antrages nicht eingegangen.

Den Hauptzweck des Bundes, den Schutz der Bundesgenossen betrachtet Preußen gegenüber der unzweifelhaft auf Verabredung beruhenden Aufnahme des Antrages als gefährdet.

Durch die bundesrechtsmäßig unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied sieht Preußen den Bundesbruch für vollzogen an.

Im Namen und auf Befehl des Königs von Preußen erklärt der Gesandte, daß Preußen den bisherigen Bundes-Vertrag für gebrochen und deshalb nicht mehr für verbindlich ansieht, denselben vielmehr als erloschen betrachten und behandeln wird.

Der König will jedoch damit nicht zugleich die Nationalgrundlage, worauf der Bund aufgebaut gewesen, als zerstört betrachten. Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über vorübergehende Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest, indem es als eine Pflicht der Staaten es betrachtet, dafür den angemessenen Ausdruck zu finden.

Die kön. preußische Regierung legt hiemit die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung vor, indem sie sich bereit erklärt, auf den alten, durch eine solche Reform modificirten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr die Hand dazu reichen wollen.

Der Gesandte erklärt seine bisherige Thätigkeit damit beendet.

München, 14. Juni, Nachts. Die „Baierische Zeitung“ schreibt: Die preußischen Bundesreform-Vorschläge wurden schon wegen der im Artikel 1 enthaltenen Forderungen (Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde) von Seiten dieses letzteren abgelehnt.

Darmstadt, 14. Juni, Nachts. Die erste Kammer bewilligte einstimmig die Kriegsrüstungs-Forderung.

Der Präsident der ersten Kammer, Fürst Solms-Lich, enthielt sich, als Mitglied des preußischen Herrenhauses, der Abstimmung.

Carlsruhe, 14. Juni, Nachts. Die zweite Kammer hat bei namentlicher Abstimmung die auf 3 Mill. 813,200 fl. sich belaufende Regierungsforderung für die Mobilmachung einstimmig angenommen.

Stuttgart, 14. Juni, Nachts. Minister v. Varnbüler erließ ein Rundschreiben an die württemberg'schen Gesandten im Auslande, betreffend die Haltung des Staatsanzeigers von Württemberg.

Paris, 13. Juni, 6 Uhr Abends. (N. fr. Pr.) Wie gerüchtweise verlautet, sollen Preußen und Italien nach ihrem Vertrage sich verpflichtet haben, daß der eine Theil 36 Stunden nach Beginn des Krieges durch den anderen die Feindseligkeiten eröffne. Man glaubt weniger an den Einmarsch der Türken in die Fürstenthümer.

Paris, 14. Juni, 6 Uhr Abends. („N. f. Pr.“) Oberst Merlin reist in das Hauptquartier des FZM. Benedek ab. England und Frankreich haben der Pforte den Rath ertheilt, den Prinzen Carl von Hohenzollern anzuerkennen. Dem Fürsten Metternich wurde der Brief des Kaisers an Drouyn de Lhuys Montags mitgetheilt. Die Veröffentlichung wurde nach einer Besprechung des Kaisers mit dem Prinzen Napoleon und v. d. Goltz beschlossen.

Paris, 15. Juni. Der „Constitutionnel“ bekämpft die kriegerische Auslegung, welche Girardin dem Briefe des Kaisers gibt. Er sagt, Girardin mache einen befremdenden Mißbrauch mit Worten, sowohl in Bezug auf die Umgestaltung der Karte von Europa, als auf den Bruch des Gleichgewichtes. — Es gibt natürliche und legitime Annexionen, welche das Gleichgewicht befestigen, anstatt dasselbe zu erschüttern; dies hat seine Richtigkeit hinsichtlich des Heimfalles Veneziens an Italien nnd Savoyens an Frankreich. Ebenso würde, wenn das in 29 Staaten getheilte Deutschland die Zahl derselben reduciren wollte, die in Europa bestehende Ordnung durchaus nicht gestört werden. Der Kaiser wollte sagen, das europäische Gleichgewicht wäre gebrochen, wenn Oesterreich oder Preußen ganz Deutschland absorbiren würde.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Telegramme der „Krakauer Zeitung“

(Kurz vor Schluß des Blattes eingetroffen.)

Wien, 16. Juni. (Abgegangen um 2 Uhr, eingetroffen 2 Uhr 30 M.) Privatnachrichten melden: Heute erfolgte Preußens Kriegserklärung an Sachsen. Preußen sind bereits in Löbau, Zittau, Bautzen eingerückt, — von Preußisch-Sachsen her droht preußischer Einfall. Zwischen Riesa und Dresden ist die Bahn zerstört. Sachsens Königfamilie geht nach Wien.

Dresden, 15. Juni. Nach dem heutigen Conseil empfing der König den k. preuß. Gesandten. Preußens Ultimatum, welches Neutralität, Versetzung der Armee auf den Friedensfuß, baldige Parlamentsberufung zur Gründung einer neuen Bundesverfassung fordert, wurde, sicherem Vernehmen nach, abgelehnt.

Hannover, 15. Juni. Preußen's Vorschlag eines Friedensbündnisses wurde vom König abgelehnt. Ebenso wurden die Grundzüge des engern Bundes namentlich wegen Anforderungen bezüglich der Militär-Organisation und Flottenfrage entschieden verworfen. Hannover concentrirt Truppen im Süden und hofft auf Oesterreichs Unterstützung. Die Hamburger Bahn soll an sieben Stellen zerstört sein. Der Verkehr auf den Strecken Harburg-Lüneburg, Hohenstorf-Lüneburg ist aufgehoben. Der König und der Kronprinz begeben sich zur concentrirten hannover'schen Armee. Die Prinzessinen bleiben.

* K. k. Theater in Krakau. [Große Lemb. Oper.] Heute „Lucrecia Borgia“ von Donizetti.

Amtsblatt.

Kundmachung. (616. 1)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht in Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt, über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, daß der Inhalt der Druckschrift: „Pie IX. Sa vie, son règne, l'homme, le prince, le pape, par F. Petrucelli della Gattina, auteur de l'Histoire diplomatique des conclaves. Bruxelles. A. Lacroix, Verboekhoven et C., editeurs 1866", das Vergehen der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche, strafbar nach § 303 St. G. B. begründe und verbindet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Wien, am 8. Mai 1866.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:
Boschan m. p.

Der k. k. Rathssecretär:
Thallinger m. p.

Z. 1770/pr. **Kundmachung.** (612. 2-3)

Seine k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 26. Mai d. J. die von dem galizischen Landtage für das Jahr 1866 definitiv beschlossenen Landesumlagen von 63 Kreuzern mit Einschluß des Drittel-Zuschlages, und zwar, von 12 Kreuzern für den Landesfond und von 51 Kreuzern für den Grundentlastungsfond von jedem Gulden der directen Steuern Allergnädigst zu genehmigen geruht.

Was hiemit in Folge hohen Staats-Ministerial-Erlasses vom 28. Mai d. J. Z. 3023/M. S. und Intimats des galizischen Statthalterei-Präsidiums vom 5. Juni d. J. Z. 4824/pr., dann im Nachhange der hierortigen Kundmachung vom 29. Jänner d. J. Z. 262/pr. mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß wegen Ausschreibung und Einhebung des Zuschlages für den westgalizischen und den Krakauer Grundentlastungsfond für das II., III. und IV. Quartal 1866 unter Einem die nöthigen Verfügungen getroffen werden.

Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau am 12. Juni 1866.

Ogłoszenie.

Jego c. k. Apostolska Mość raczył najwyższém postanowieniem z dnia 26 maja r. b. zatwierdzić uchwaloną stanowczo przez galicyjski Sejm krajowy dopłatę krajową 63 krajcarów w. a. wraz z trzecią częścią dodatku, a to w ten sposób, iż od każdego reńskiego stałego podatku, dwanaście krajcarów w. a. na fundusz krajowy, a pięćdziesiąt jeden krajcarów w. a. na fundusz indemnizacyjny opłacać wypada.

Co się niniejszém w myśl rozporządzenia wysokiego c. k. Ministeryum stanu z dnia 28 maja r. b. l. 3023/M. S. i zawiadomienia Prezydyum c. k. Namiestnictwa z dnia 5 czerwca r. b. l. 4824/pr., oraz w dalszym ciągu tutejszego ogłoszenia z dnia 29 stycznia b. r. l. 262/pr. do publicznéj wiadomości podaje, a zarazem nadmienia, iż względem wyłączenia i poboru dodatku na zachodnio-galicyjski i krakowski fundusz indemnizacyjny za kwartał II, III i IV roku 1866 równocześnie stósowne rozporządzenia zarządzone zostały.

Z Prezydyum c. k. Komisyi Namiestnictwa.

Kraków dnia 12 czerwca 1866.

Z. 10495. **Licitations-Ankündigung.** (610. 2-3)

Vom Magistrate der k. Hauptstadt Krakau wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur Verpachtung des städt. Metherzeugungs-Gefälles in Krakau auf die Zeit vom 1. November 1866 bis 31. Dezember 1869, am 5. Juli, 26. Juli und 9. August 1866 im Magistratsgebäude beim I. Departemente im ehemaligen Wielopolski'schen Palais, jedesmal um 10 Uhr Vormittags, eine Versteigerung abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 3016 fl. 50 kr. ö. W.

Das Vadium beträgt 10%.

Die Licitationsbedingnisse können im Bureau des I. Magistrats-Departementes eingesehen werden.

Krakau, den 19. Mai 1866.

Z. 9763. **Kundmachung.** (617. 2-3)

Da die zu Lążek zaklikowski in Russisch-Polen unter der Benennung „Uebergangspunct" bestehende Zollstätte zur Beamtshandlung aller russischen Erzeugnisse in der Ausfuhr von Seite der kaiserlich russischen Regierung ermächtigt wurde, so wird in Folge Erlasses des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 29. Mai l. J. 24844 der aufgehobene Ansageposten Lążek zaklikowski des hierländigen Nebenzollamtes I. Classe in Chwałowice wieder aufgestellt, und der vom gedachten Ansageposten zu dem Nebenzollamte führende Weg als Zollstraße erklärt, was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 5. Juni 1866.

Z. 15773. **Kundmachung.** (607. 1-3)

Die dem gegenwärtigen Aufenthalte nach unbekannten Gutsbesitzer Stanislaus Baron Konopka aus Nagoszyn und Felix Graf Morski aus Latoszyn, dann die im Auslande wohnhafte Dębicaer Gutseigenthümerin Anna Gräfin Raczyńska, werden in Gemäßheit des § 24 der Landtagswahlordnung vom 26. Februar 1861 hiemit aufgefordert, ihre Legitimationskarten zu der auf den 14. d. M. anberaumten Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Tarnower Kreise, bei dem k. k. Bezirksamte in Dębica abzuholen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 11. Juni 1866.

Z. 1077. **Edict.** (588. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Kenty wird bekannt gemacht, daß die über Ansuchen des Franz Angerer de praes. 20. März 1866 Z. 1077 Behufs Hereinbringung des Betrages von 500 fl. ö. W. s. N. G., der Gerichtskosten von 13 fl. 82 kr., 18 fl., 5 fl. 44 kr. und der gegenwärtigen auf 17 fl. 70 kr. bestimmten Executionskosten bewilligte executive öffentliche Feilbietung der dem Simon Kocur gehörigen sub Nr. 124 in Kozy gelegenen, einen Grundbuchskörper bildenden Realität in drei Terminen und zwar: am 19 Juli 1866, 25. August 1866 und 21. September 1866, jedesmal um 9 Uhr Vormittags im Orte Kozy selbst unter nachstehenden Bedingungen vorgenommen werden wird:

1. Zum Ausrufspreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswerth im Betrage von 2166 fl. ö. W. angenommen, unter welchem Schätzungswerthe diese Realität in den festgesetzten zwei ersten Licitationsterminen nicht veräußert, beim dritten Termine dagegen auch unter dem Schätzungswerthe, jedoch nur um einen solchen Betrag, welcher dem Betrage aller einverleibten Schulden gleichkommt, hintangegeben werden wird.
2. Jeder Kauflustige wird gehalten 10% Vadium d. i. 216 fl. 66 kr. ö. W. im Baren oder in öffentlichen Staatspapieren nach dem Courswerthe gerechnet, vor Beginn der Licitation zu Händen der Licitationscommission zu erlegen.
3. Die Schätzungsurkunde, der Grundbuchsextract und die weiteren Licitationsbedingungen können die Kauflustigen in der h. g. Registratur einsehen und davon Abschrift nehmen.
4. Von dieser Licitation werden alle Tabulargläubiger zu eigenen Händen und diejenigen, welche später, das ist nach dem Tage des 20. März l. J. in das Grundbuch gelangen sollten, oder denen der Licitationsbescheid nicht rechtzeitig, oder gar nicht zugestellt werden wird, durch den für dieselben bestellten Curator ad actum k. k. Notar Brzeski verständigt.

Kenty, den 5. Mai 1866.

Nr. 1189. **Kundmachung.** (597. 3)

Am 26. Mai l. J. Früh wurde im Graben der Aerarial-Weichselstraße zwischen Przeciszów und Włosienica, Bezirk Oświęcim, ein unbekannter Mann erschlagen gefunden. Derselbe war 20 bis 23 Jahre alt, 4 Schuh 10 Zoll lang, gut genährt, stark gebaut, hatte das Kopfhaar von brauner Farbe mittelmäßig abgeschoren, jedoch etwas länger oberhalb der Stirn und Schläfegegend, die Hornhaut der Augen blau, die Nase abgestumpft proportionirt, die Zähne vollzählig mit Ausnahme eines etwas abgezackten linken Schneidezahnes. Als Bekleidung hatte derselbe: einen ordinären bräungelb gefärbten Strohhut, ein leinenes abgetragenes Kleid, vulgo górnica genannt, mit 3 Hafteln, deren Aermelumschläge und Kragen vom blauen Tuch, und in der rechten Tasche ein schmutziges braungestreiftes Schnupftuch mit eingewickelten 2 Nkr., eine schwarze manschesterne Weste mit 5 Knopflöchern und nur 3 Knöpfen, ein abgenütztes Hemd von grober Leinwand, gute Hosen ebenfalls von grober Leinwand mit hölzernem Knopfe zugezogen und mit schmalem Riemen umgürtet, und zerrissene vorgeschobene Stiefel, von denen der linke an der inneren Fußballenseite einen mit einem dünnen Eisendrahte angehefteten Fleck hat.

Alle, welche von der Person des Ermordeten Wissenschaft haben können, woher, wohin und mit wem er gefahren ist, werden aufgefordert, dieses dem Untersuchungsgerichte Kenty anzuzeigen.

K. k. Untersuchungsgericht.

Kenty, am 4. Juni 1866.

N. 5333. **Kundmachung.** (609. 1-3)

Vom 20. Juni l. J. an werden die bisher 4mal wöchentlich Postbotenfahrten Skałat-Tarnopol auf täglich vermehrt und in nachfolgender Ordnung cursiren:

Von Skałat täglich um 4 Uhr Nachmittags,
in Tarnopol täglich um 8 Uhr Abends.
Von Tarnopol täglich um 4 Uhr Früh,
in Skałat täglich um 8 Uhr Vormittags.

Lemberg, am 8. Juni 1866.

Z. 2044. **Edict.** (614. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht Biala wird kundgemacht, daß an die Stelle des mit h. g. Edicte vom 2. März 1866 Z. 1248 bestellten Vermögensverwalters und Vertreters der Cridamasse Joseph Błotko Hr. Adv. Ehrler zum Vertreter und prov. Vermögensverwalter der gedachten Cridamasse Hr. Adv. Dr. Eisenberg bestellt wurde, gegen welchen die Klagen anzustrengen sind.

Biala, den 9. April 1866.

Nr. 15210.

Jahr 1866.

Eilfte Verlosung

der Serien und Gewinn-Nummern des Prämien-Anlehens vom J. 1864 pr. **40,000.000** Gulden, welche am 1. Juni 1866 Statt gefunden hat.

Verzeichniss

der verlosten **8** Serien und der in denselben enthaltenen Gewinn-Nummern der Prämienscheine, auf welche ein Gewinnst-Betrag von mehr als **145** Gulden entfällt.

Nummern der verlosten Serien:
39, 989, 1807, 2311, 2938, 3023, 3080, 3543.

Von diesen verlosten Serien entfällt auf die in der:

Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein-Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein-Nummer	ein Gewinn von Gulden	Serien-Nummer	enthaltene Prämienschein-Nummer	ein Gewinn von Gulden
39	27	400	2311	38	**10000**	3023	65	**15000**
	45	**5000**		54	400		96	400
	62	**250000**		76	400	3080	16	400
	86	500		84	400		43	400
	99	400	2938	5	500		55	400
989	27	500		13	400		71	**1000**
	64	500		19	**1000**		90	400
	88	400		28	**1000**		91	400
	96	500		38	400	3543	1	400
1807	24	**5000**		46	400		16	400
	29	**25000**		51	400		20	**2000**
	39	**1000**		77	400		24	**1000**
	40	500		78	500		29	500
	61	**2000**		98	500		44	500
	68	500	3023	5	500		49	**2000**
	79	400		14	500		60	400
2311	1	500		29	400		67	400
	18	400		40	400		72	400
	33	400		50	500		91	**1000**
	36	400		51	400		100	400

Auf alle oben nicht angeführten Gewinn-Nummern der Prämienscheine, welche in den verlosten Serien enthalten sind, entfällt der geringste Gewinnst von **145** Gulden.

Die Auszahlung der planmäßigen Prämien erfolgt am 1. September 1866.

Verzeichniss

jener verlosten Serien des Prämien-Anlehens vom Jahre 1864, aus welchen Prämienscheine bis Ende April 1866 zur Einlösung noch nicht beigebracht worden sind.

1. Verlosung Nr. 317. — 2. Verlosung Nr. 922, 1082. 1752. — 3. Verlosung Nr. 414, 813, 1309, 1528, 1892, 2571. — 4. Verlosung Nr. 96, 564, 757, 1577, 2312. — 5. Verlosung Nr. 1234, 1492, 1868, 3141, 3900. — 6. Verlosung Nr. 161, 290, 1269, 1484, 3483. — 7. Verlosung Nr. 169, 1160, 1504, 1740, 2681. — 8. Verlosung Nr. 226, 685, 1257, 1640, 1662.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 5. Juni 1866. (618. 1)

K. k. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft.

Kundmachung. (592. 3)

Von der Pfandleih-Anstalt der Filiale Krakau wird hiermit bekannt gegeben, daß gemäß § 23 ihrer Geschäfts-Ordnung die bei ihr bis 31. Mai 1866 verfallenen Pfänder, u. z.:

Waaren,

bestehend aus größeren Partien Leinwand-, Leinen- und Handtücher, Tischtüchern und Servietten, Tuch-, Seiden- und Möbelstoffen, Atlas, Bären-Pelzen und Mänteln; Marder-, Zobel- und Blaufuchskrägen, Schoppen und Fuchs-Pelzen 2c. 2c. mit den verfallenen Nummern: 153/56, 161, 168, 188, 192, 197, 198, 200, 203, 207, 210, 214, 215, 217, 219, 220, 227, 228, 235, 237, 238, 239, 278, 292, 295, 314 und 315

am 18., 19. u. 20. Juni l. J.
Vormittags 9 Uhr

im Wege der öffentlichen Feilbietung am Ringplatze Nr. 34 Gm. IV. an den Meistbietenden gegen sogleiche baare Bezahlung werden hintangegeben werden.

Der Vorstand: ***Koritschoner*** mp.

Wiener Börse-Bericht

vom 14. Juni.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	49.25	49.75
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	61.—	61.25
vom April — October	59.75	60.25
Metalliques zu 5% für 100 fl.	55.25	55.50
dito „ $4^{1}/_{2}$% für 100 fl.	46.25	46 75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	123.—	125.—
„ 1854 für 100 fl.	68.50	69.—
„ 1860 für 100 fl.	81.—	81 25
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	57.—	57.20
„ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	13.50	14 50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	81.—	82.—
von Mähren zu 5% für 100 fl.	74.—	75.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	82.—	85.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	98.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	82.—	86.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	61.50	62 —
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	60.—	60 50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	68.—	68.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	58.—	58.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	56.75	58.—
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	57.50	58.—

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	664.—	666.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	124.—	124 20
der Niederöst. Escompte-Gesellſ. zu 500 fl. ö. W.	518.—	522.—
der Kaiſ. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1468.	1472.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	153.50	153.70
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	154.—	155.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	100.—	100.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	166.—	166.50
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 80% Einz.	137.—	139.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	123.—	124.—
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	78.—	78.50
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	419.—	421.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	120.—	130.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	380.—	385.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	—.—	310.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	105.—	—.—
der Nationalbank auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.80	86.—
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	81.50	82.—
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	66.—	—.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	101.75	102.25
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	76.—	77.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	105.—	107.—
„ „ zu 50 fl. CM.	—.—	47.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	—.—	21.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	75.—	85 —
Salm zu 40 fl. „	24.75	25.25
Palffy zu 40 fl. „	—.—	21.—
Clary zu 40 fl. „	—.—	21.—
St. Genois zu 40 fl. „	—.—	21.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	—.—	15.—
Waldstein zu 20 fl. „	—.—	17 —
Keglevich zu 10 fl. „	—.—	11.—
K. k. Hofspitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	10.50	11.—

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 7%	120.25	120.50
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 7%	120.25	120.75
Hamburg, für 100 M. B. 8%	104.—	104.50
London, für 10 Pf. Sterl. 10%	138.50	140.50
Paris, für 100 Francs 4%	56.—	56.10

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	6	60	6	63	6	62	6	63
„ vollw. Dukaten	6	60	6	63	6	62	6	63
Krone	—	—	—	—	19	40	19	50
20 Francstücke	11	$29\frac{1}{2}$	11	$33\frac{1}{2}$	11	33	11	35
Russische Imperiale	—	—	—	—	11	44	11	48
Vereinsthaler	—	—	—	—	2	9	2	10
Silber	—	—	—	—	139	—	140	—

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf n Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
15	2	329''' 79	+13°3	58	Nord-Nord-Ost still	trüb	Regen	+12°0	+13°5
	10	29 92	11,6	76	Nord-Ost still	„			
16	6	29 10	11,8	92	Nord still	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**

Extra-Blatt der „Krakauer Zeitung“.

Sonntag, den 17. Juni 1866.

Wir sind in der Lage, im Nachstehenden ein am 17. d. an die Völker des Reiches erlassenes in der heutigen „Wiener Zeitung“ publicirtes allerhöchstes Manifest Seiner Majestät des Kaisers mitzutheilen. Dasselbe lautet:

An Meine Völker!

Mitten in dem Werke des Friedens, das Ich unternommen, um die Grundlagen zu einer Verfassungsform zu legen, welche die Einheit und Machtstellung des Gesammtreiches festigen, den einzelnen Ländern und Völkern aber ihre freie innere Entwicklung sichern soll, hat Meine Regentenpflicht Mir geboten, Mein ganzes Heer unter die Waffen zu rufen.

An den Gränzen des Reiches, im Süden und Norden, stehen die Armeen zweier verbündeter Feinde, in der Absicht, Oesterreich in seinem europäischen Machtbestande zu erschüttern.

Keinem derselben ist von Meiner Seite ein Anlaß zum Kriege gegeben worden. Die Segnungen des Friedens Meinen Völkern zu erhalten, habe Ich, dessen ist Gott der Allwissende Mein Zeuge, immer für eine Meiner ersten und heiligsten Regentenpflichten angesehen, und getreu sie zu erfüllen getrachtet.

Allein, die eine der beiden feindlichen Mächte bedarf keines Vorwandes; lüstern auf den Raub von Theilen Meines Reiches, ist der günstige Zeitpunct für sie der Anlaß zum Kriege.

Verbündet mit den preußischen Truppen, die uns als Feinde nunmehr entgegenstehen, zog vor zwei Jahren ein Theil Meines treuen und tapferen Heeres an die Gestade der Nordsee.

Ich bin diese Waffengenossenschaft mit Preußen eingegangen, um vertragsmäßige Rechte zu wahren, einen bedrohten deutschen Volksstamm zu schützen, das Unheil eines unvermeidlichen Krieges auf seine engsten Gränzen einzuschränken und in der innigen Verbündung der zwei mitteleuropäischen Großmächte — denen vorzugsweise die Aufgabe der Erhaltung des europäischen Friedens zu Theil geworden — zum Wohle Meines Reiches, Deutschlands und Europas eine solche dauernde Friedensgarantie zu gewinnen.

Eroberungen habe Ich nicht gesucht; uneigennützig beim Abschluß des Bündnisses mit Preußen habe Ich auch im Wiener Friedensvertrage keine Vortheile für Mich angestrebt. Oesterreich trägt keine Schuld an der trüben Reihe unseliger Verwicklungen, welche bei gleicher uneigennütziger Absicht Preußens nie hätten entstehen können, bei gleicher bundestreuer Gesinnnung augenblicklich zu begleichen waren.

Sie wurden zur Verwirklichung selbstsüchtiger Zwecke hervorgerufen, und waren deshalb für Meine Regierung auf friedlichem Wege unlösbar.

So steigerte sich immer mehr der Ernst der Lage.

Selbst dann aber noch, als offenkundig in den beiden feindlichen Staaten kriegerische Vorbereitungen getroffen wurden, und ein Einverständniß unter ihnen, dem nur die Absicht eines gemeinsamen feindlichen Angriffes auf Mein Reich zu Grunde liegen konnte, immer klarer zu Tage trat, verharrte Ich im Bewußtsein Meiner Regentenpflicht, bereit zu jedem mit der Ehre und Wohlfahrt Meiner Völker vereinbaren Zugeständnisse, im tiefsten Frieden.

Als Ich jedoch wahrnahm, daß ein weiteres Zögern die wirksame Abwehr feindlicher Angriffe und hiedurch die Sicherheit der Monarchie gefährde, mußte Ich Mich zu den schweren Opfern entschließen, die mit Kriegsrüstungen unzertrennlich verbunden sind.

Die durch Meine Regierung gegebenen Versicherungen Meiner Friedensliebe, die wiederholt abgegebenen Erklärungen Meiner Bereitwilligkeit zu gleichzeitiger gegenseitiger Abrüstung, erwiderte Preußen mit Gegenansinnen, deren Annahme eine Preisgebung der Ehre und Sicherheit Meines Reiches gewesen wäre.

Preußen verlangte die volle vorausgehende Abrüstung nicht nur gegen sich, sondern auch gegen die an der Gränze Meines Reiches in Italien stehende feindliche Macht, für deren Friedensliebe keine Bürgschaft geboten wurde und keine geboten werden konnte.

Alle Verhandlungen mit Preußen in der Herzogthümerfrage haben immer mehr Belege zu der Thatsache geliefert, daß eine Lösung dieser Frage, wie sie der Würde Oesterreichs, dem Rechte und den Interessen Deutschlands und der Herzogthümer entspricht, durch ein Einverständniß mit Preußen bei seiner offen zu Tage liegenden Gewalts- und Eroberungspolitik nicht zu erzielen ist.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die ganze Angelegenheit den Entschließungen des Bundes anheimgestellt, und zugleich die legalen Vertreter Holsteins einberufen.

Die drohenden Kriegsaussichten veranlaßten die drei Mächte Frankreich, England und Rußland auch an Meine Regierung die Einladung zur Theilnahme an gemeinsamen Berathungen ergehen zu lassen, deren Zweck die Erhaltung des Friedens sein sollte. Meine Regierung, entsprechend Meiner Absicht, wenn immer möglich den Frieden für Meine Völker zu erhalten, hat die Theilnahme nicht abgelehnt, wohl aber ihre Zusage an die bestimmte Voraussetzung geknüpft, daß das öffentliche europäische Recht und die bestehenden Verträge den Ausgangspunct dieser Vermittlungsversuche zu bilden haben, und die theilnehmenden Mächte kein Sonderinteresse zum Nachtheile des europäischen Gleichgewichts und der Rechte Oesterreichs verfolgen.

Wenn schon der Versuch von Friedensberathungen an diesen natürlichen Voraussetzungen scheiterte, so liegt darin der Beweis, daß die Berathungen selbst nie zur Erhaltung und Festigung des Friedens hätten führen können.

Die neuesten Ereignisse beweisen es unwiderleglich, daß Preußen nun offen Gewalt an die Stelle des Rechtes setzt.

In dem Rechte und der Ehre Oesterreichs, in dem Rechte und der Ehre der gesammten deutschen Nation erblickte Preußen nicht länger eine Schranke für seinen verhängnißvoll gesteigerten Ehrgeiz. Preußische Truppen rückten in Holstein ein, die von dem kaiserlichen Statthalter einberufene Ständeversammlung wurde gewaltsam gesprengt, die Regierungsgewalt in Holstein, welche der Wiener Friedensvertrag gemeinschaftlich auf Oestereich und Preußen übertragen hatte, ausschließlich für Preußen in Anspruch genommen, und die österreichische Besatzung genöthigt, zehnfacher Uebermacht zu weichen.

Als der deutsche Bund, vertragswidrige Eigenmacht hierin erkennend, auf Antrag Oesterreichs die Mobilmachung der Bundestruppen beschloß, da vollendete Preußen, das sich so gerne als Träger deutscher Interessen rühmen läßt, den eingeschlagenen verderblichen Weg. Das Nationalband der Deutschen zerreißend, erklärte es seinen Austritt aus dem Bunde, verlangte von den deutschen Regierungen die Annahme eines sogenannten Reformplanes, welcher die Theilung Deutschlands verwirklicht, und schritt mit militärischer Gewalt gegen die bundesgetreuen Souveräne vor.

So ist der unheilvollste, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche unvermeidlich geworden!

Zur Verantwortung all' des Unglücks, das er über Einzelne, Familien, Gegenden und Länder bringen wird, rufe Ich diejenigen, die ihn herbeigeführt, vor den Richterstuhl der Geschichte und des ewigen allmächtigen Gottes.

Ich schreite zum Kampf mit dem Vertrauen, das die gerechte Sache gibt, im Gefühle der Macht, die in einem großen Reiche liegt, wo Fürst und Volk nur von Einem Gedanken, dem guten Rechte Oesterreichs durchdrungen sind, mit frischem vollem Muthe beim Anblicke Meines tapferen kampfgerüsteten Heeres, das den Wall bildet, an welchem die Kraft der Feinde Oesterreichs sich brechen wird, im Hinblick auf Meine treuen Völker, die einig, entschlossen, opferwillig zu Mir emporschauen.

Die reine Flamme patriotischer Begeisterung lodert gleichmäßig in den weiten Gebieten Meines Reiches empor; freudig eilten die einberufenen Krieger in die Reihen des Heeres; Freiwillige drängen sich zum Kriegsdienste; die ganze waffenfähige Bevölkerung einiger zumeist bedrohter Länder rüstet sich zum Kampfe und die edelste Opferwilligkeit eilt zur Linderung des Unglücks und zur Unterstützung der Bedürfnisse des Heeres herbei.

Nur Ein Gefühl durchdringt die Bewohner Meiner Königreiche und Länder, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Gefühl der Macht in ihrer Einigkeit, das Gefühl des Unmuthes über eine so unerhörte Rechtsverletzung.

Doppelt schmerzt es Mich, daß das Werk der Verständigung über die inneren Verfassungsfragen noch nicht so weit gediehen ist, um in diesem ernsten, zugleich aber erhebenden Augenblicke, die Vertreter aller Meiner Völker um Meinen Thron versammeln zu können.

Dieser Stütze für jetzt entbehrend, ist Mir jedoch meine Regentenpflicht um so klarer, Mein Entschluß um so fester, dieselbe Meinem Reiche für alle Zukunft zu sichern.

Wir werden in diesem Kampfe nicht allein stehen.

Deutschlands Fürsten und Völker kennen die Gefahr, die ihrer Freiheit und Unabhängigkeit von einer Macht droht, deren Handlungsweise durch selbstsüchtige Pläne einer rücksichtslosen Vergrößerungssucht allein geleitet wird; sie wissen, welchen Hort für diese ihre höchsten Güter, welche Stütze für die Macht und Integrität des gesammten deutschen Vaterlandes sie an Oesterreich finden.

Wie wir für die heiligsten Güter, welche Völker zu vertheidigen haben, in Waffen stehen, so auch unsere deutschen Bundesbrüder.

Man hat die Waffen uns in die Hand gezwungen. Wohlan! Jetzt, wo wir sie ergriffen, dürfen und wollen wir sie nicht früher niederlegen, als bis Meinem Reiche, so wie den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung gesichert und deren Machtstellung in Europa neuerdings befestigt ist.

„Auf unserer Einigkeit, unserer Kraft ruhe aber nicht allein unser Vertrauen, unsere Hoffnung; Ich setze sie zugleich noch auf einen Höheren, den allmächtigen gerechten Gott, Dem Mein Haus von seinem Ursprunge an gedient, Der die nicht verläßt, die in Gerechtigkeit auf Ihn vertrauen.

Zu Ihm will ich um Beistand und Sieg flehen, und fordere Meine Völker auf, es mit Mir zu thun.“

Gegeben in Meiner Residenz- und Reichshauptstadt am Wien siebenzehnten Juni Eintausend achthundert sechsundsechzig.

Franz Joseph m. p.

Gestern Abends und heute Vormittag sind folgende telegraphische Depeschen eingelaufen:

Pest, 15. Juni. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des Repräsentanten-Hauses wurde Deak's Beschluß in seiner ganzer Ausdehnung unverändert angenommen. In Folge einer kurzen Verhandlung über Geduly's Antrag hinsichtlich der Akustik des Saales wurde die Commission für öffentliche Institute beauftragt, unter Hinzuziehung von Fachmännern einen Vorschlag zur Abhilfe auszuarbeiten. Schließlich wurde bestimmt, daß der Bericht der Petitionscommission über das den Abgeordneten Csiky betreffende Gesuch des Heveser Comitatsgerichtes für die nächste Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Prag, 16. Juni. Die „Prager Ztg.“ veröffentlicht folgende Privat-Telegramme:

Reichenberg, 15. Juni. Heute Mittags wurde von Preußen der Krieg an Sachsen erklärt. Preußische Truppen sind bereits auch in Bautzen eingerückt.

Leipzig, 15. Juni. Die Preußen sind in Löbau und Zittau eingerückt und drohen auch über Schkeuditz und Zeitz in Sachsen einzufallen. Zwischen Riesa und Dresden wurden um halb 2 Uhr Nachmittags die Eisenbahnschienen aufgerissen. Zwischen Preußen und Sachsen ist der Personen- und Briefverkehr abgebrochen. In der Bevölkerung herrscht panischer Schrecken.

Andere Privatnachrichten besagen: Der Löbauer Bahnhof wurde sächsischerseits demolirt, die Brücke wurde noch verschont. Leipziger und Berliner Blätter sind heute nicht angekommen. Sächsische Güter werden durch Prag angeblich nach Baiern durchgeführt.

Die sächsische Königsfamilie reist heute 4 Uhr 45 Minuten Nachmittags nach Wien.

Prag, 16. Juni. (N. Fr. Pr.) Die sächsische Königsfamilie wird heute Nachmittags 5 Uhr hier erwartet. Die Transporte von Werthsachen aus Sachsen hieher dauern fort. Der telegraphische Verkehr zwischen Preußen und Nordsachsen ist aufgehoben.

Prag, 15. Juni. (N. Fr. Pr.) Die Kostbarkeiten des sächsischen Staatsschatzes sind heute über Bodenbach mittelst der böhmischen Westbahn nach Linz, vermuthlich mit der Bestimmung nach Innsbruck, befördert worden. Es ist hier das Gerücht verbreitet, Se. Majestät der Kaiser werde in Prag mit der sächsischen Königsfamilie zusammenkommen.

Dresden, 15. Juni, Mittags. (Boh.) Es wird hier als zuverlässig bezeichnet, daß der hiesige preußische Gesandte heute Vormittags seine Pässe verlangt habe und Abends abreisen werde.

Görlitz, 15. Juni, Abends. („Schl. Ztg.“) Sachsen hat die Telegraphen- und Eisenbahnverbindung inhibirt. Im Löbauer Bahnhof brennen die Güterschuppen und die Kohlenvorräthe. Die Brücke in Löbau ist unfahrbar durch Aufreißung der Schienen. Die Telegraphenstangen sind gleichfalls verbrannt.

Berlin, 15. Juni, Nachmittags. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Die Regierung ist durch das bundeswidrige Verfahren der Mehrzahl der bisherigen deutschen Bundesgenossen zu einem Schritte gezwungen, durch welchen das bestehende europäische Vertragsrecht wesentlich alterirt wird. Oesterreich hatte am 11. Juni die Mobilisirung des außerpreußischen Bundesheeres beantragt, und zwar wegen angeblicher Gefährdung seines Besitzstandes in Holstein durch die Selbsthilfe Preußens, unter Berufung auf Art. 19 der Schlußacte, welcher nur den Ausgangspunct für ein rechtliches Verfahren, nicht aber den Anhalt für kriegerische Vorkehrungen des Bundes bilden kann. Die Mobilisirung und Aufstellung des Bundesheeres gegen ein Bundesglied kennen die Bundesverträge nicht. Eine solche steht in directem Gegensatz zu Artikel 2 und Artikel 11 Alinea 4 der Bundesacte, welche Artikel ebensowohl als die Artikel 55 und 63 der Wiener Congreßacte von 1815 auch einen Bestandtheil des europäischen Rechtes bildeten. Beides, das Bundesrecht wie das europäische Recht, mußte hiernach durch den österreichischen Antrag verletzt werden. Als derselbe, trotz des preußischen Protestes, gestern dennoch beschlossen wurde, hat der königl. Bundestagsgesandte den dadurch vollzogenen Bundesbruch constatirt, und unter Wahrung der bisherigen Bundesrechte Preußens die Bundesversammlung verlassen. (Hierauf folgt der Wortlaut der preußischen Erklärung.)

Baron Werther und der Legations-Secretär Graf Galen sind aus Wien hier eingetroffen und wurden sofort vom Grafen Bismarck, sowie später von Sr. Majestät dem Könige empfangen. — I. Maj. die Königin wird sich nach ihrer Rückkehr von Weimar nach Berlin begeben und bis zur Abreise des Königs in das Hauptquartier hier verweilen, sodann aber ihre Residenz auf Babelsberg nehmen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt fortan die Nachrichten aus den Elbherzogthümern unter der Rubrik „Preußen“, die Nachrichten aus den „ehemaligen“ deutschen Bundesstaaten unter der Rubrik „Mitteleuropäische Staatengruppe“.

An mehrere der gegen Preußen verbündeten Staaten sind Sommationen mit kurzer Frist bezüglich der Entwaffnung, wahrscheinlich auch wegen der Bundesreform gerichtet worden. Die Gesandten der Coalitionsstaaten erwarteten heute ihre Pässe. Die Regierungen, welche mit Preußen stimmten, werden wahrscheinlich eingeladen, an dem Bundestage in Frankfurt nicht mehr theilzunehmen.

Es geht das Gerücht, Preußen habe an Kurhessen und Hannover ein Ultimatum gestellt, welches beide Staaten mit militärischen Maßregeln bedrohe, falls sie Preußen nicht ungesäumt Garantien ihrer vollen Neutralität gewähren.

Frankfurt a. M., 15. Juni. Der Notar Thomas notificirte im Auftrage der preußischen Regierung dem Hause Rothschild, daß die dort deponirten Bundesgelder ohne Bewilligung Preußens nicht auszuzahlen seien.

Kassel, 15. Juni. Nach dreistündiger Debatte beschließt die Ständeversammlung bei namentlicher Abstimmung auf Antrag Bischofshausens, die Regierung sei um Aufrechthaltung der Neutralität und Unterlassung der Mobilisirung anzugehen.

Hannover, 15. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer beantragte Bennigsen, eine Adresse an den König zu richten, in welcher ausgesprochen werde, daß der gestrige Bundesbeschluß den Bürgerkrieg in Deutschland, für Hannover unabsehbaren Lasten drohe und die Unabhängigkeit des Bundes gefährde. Ferner ersucht die Adresse um die Entlassung der Minister, welche die Zustimmung zu dem Bundesbeschlusse riethen, und verlangt die Nichtausführung des Bundesbeschlusses, die Neutralität Hannovers und die Berufung eines deutschen Parlaments.

Hannover, 16. Juni, Morgens. Der König und der Kronprinz haben sich soeben zur Concentrirung der hannoveranischen Armee begeben; die Königin und die Prinzessinen bleiben hier.

Die Harburger Bahn soll an vielen Stellen zerstört sein. Der Verkehr auf den Bahnstrecken Harburg-Lüneburg und Hohnstorf-Lüneburg ist auf Allerhöchsten Befehl aufgehoben.

Köln, 15. Inni. (N. Fr. Pr.) Die „Köln. Ztg.“ deutet an, daß gegen die preußische Presse strenge Maßregeln angeordnet sind.

Hamburg, 15. Juni. (N. Fr. Pr.) Die holsteinischen Oberbeamten verweigern die Unterschrift des ihnen von den Preußen abverlangten Reverses.

Paris, 15. Juni. (N. Fr. Pr.) Es heißt, England, Frankreich und Rußland werden demnächst den Prinzen von Hohenzollern unter der Bedingung anerkennen, daß er dem Sultan den Vasallen-Eid leistet. Oesterreich soll für dieses Project gewonnen sein. Der Hospodar würde die Prinzessin Marie von Leuchtenberg heiraten. — Drouyn de Lhuys hat ein den Frieden stärker als das kaiserliche Schreiben betonendes Circular erlassen.

Fürst Gortschakoff soll eine Circular-Depesche an die Höfe signalisirt haben, worin Rußland zu verstehen gibt, daß eine Verletzung der strengsten Neutralität seitens Frankreichs auch die russische Regierung bestimmen würde, aus ihrer Reserve herauszutreten.

Brüssel, 15. Juni. Das Rundschreiben Drouyn de Lhuys', welches den napoleonischen Brief commentirt, hebt die kaiserlichen Neutralitäts-Absichten besonders hervor. Hier will man wissen, daß der Brief Napoleon's in Berlin einen deprimirenden Eindruck hervorgebracht hat.

Preußen beabsichtigt die Bildung einer aus Italienern und Ungarn bestehenden, 5000 Mann starken Legion.

Florenz, 15. Juni. Die Journale melden: Ricasoli ist beauftragt, das Cabinet mit Lamarmora neu zu bilden. Die „Opinione“ sagt: Ricasoli erhielte die Präsidentur und das Ministerium des Innern, während Lamarmora als Minister beim Könige im Felde fungiren würde.

Bukarest. 15. Juni (Abends.) Die Kammer hat heute beschlossen, eine Petition an die hohe Pforte zu richten, den Prinzen von Hohenzollern als Hospodar anzuerkennen.

New-York, 7. Juni. Die Staatsschuld betrug am 1. Juni 2800 Millionen Dollars, der Bestand des Schatzes 50 Millionen. Gestern sind vierthalb Millionen Dollars nach Europa abgegangen. Der Dampfer „Cuba“ führt 1,649.927 Dollars Barfracht.

Johnson erließ eine Proclamation gegen die Fenier. Sweeny und Roberts wurden verhaftet, fenische Waffen und Munition confiscirt. Das Fort Erie ist geräumt. Die Bundestruppen haben 400 Fenier gefangen. Die britische Gränze wird scharf bewacht.

Der Proceß Davis wurde bis zum October verschoben.

Triest, 15. Juni. Das Territorium richtet eine Ergebenheits-Adresse an den Kaiser. Der Stadtrath beschloß die Errichtung einer städtischen Sicherheitswache.

Triest, 15. Juni. [Neueste Levantepost.] Athen, 9. Juni. Antoniades ist zum Cultusminister, Maurocordatos zum Präfecten von Corfu ernannt worden. Rufos behält das Conseils-Präsidium und das Ministerium des Innern. Die Reise des Königs nach Corfu unterbleibt. In einigen Zollämtern wurden große Unterschleife entdeckt. Die Gerüchte vom Vorrücken türkischer Truppen gegen die Gränze sind falsch.

Constantinopel, 9. Juni. Die Vorbereitungen zur Besetzung der Donaufürstenthümer hier und in Rustschuk werden eifrig fortgesetzt. Das erste, zweite und dritte Armeecorps sind auf vollen Kriegsfuß gesetzt und durch 60 Bataillone Redifs verstärkt worden. Aus Aegypten sind 8000 Mann angekommen, andere 8000 sollen folgen. Den Unterhalt bestreitet der Vicekönig, Omer Pascha wurde zum Obercommandanten ernannt und geht Ende dieser Woche nach Rustschuck. Auch die Errichtung eines tscherkessischen Freiwilligencorps wird beabsichtigt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Druck und Verlag des Carl Budweiser.